



ROTE HILFE

3. Jg. Nr. 9

November 1975

50 Pfennig

TOD DEM FASCHISMUS IN SPANIEN!

Ein Meer von Leichen - eine Million auf den Schlachtfeldern Spaniens - das ist der Preis, mit dem 1939 Franco seine blutige Terrorherrschaft errichtete. Keine Stadt, kein Land Spaniens hätten seine Truppen erobern können ohne die Unterstützung von Hitler und Mussolini. So gewaltig war der Widerstand des Volkes, daß Franco nicht in der Lage war, im 2. Weltkrieg andere Völker zu überfallen und zu unterjochen. Und kein Jahr hätte der Franco-Faschismus bestehen können ohne die Unterstützung der barbarischsten und gefährlichsten Weltmacht der letzten Jahrzehnte, den USA-Imperialismus.

Der größte Peiniger und blutbesudelte Verbrecher des spanischen Volkes konnte vom Volk nicht mehr selbst seiner gerechten Strafe zugeführt werden, doch seinen Nachfolgern wird dies nicht erspart bleiben. Alle scheindemokratischen Lösungen, alle "Öffnungsversuche" und "Liberalisierungen", ob sie durch die lächerliche Figur des Juan Carlos, den "Opus dei" oder andere Teile der spanischen Oligarchie durchgeführt werden, die sich 36 Jahre feige Franco untergeordnet und ihm die Stiefel geleckt haben, haben keine Chance, das spanische Volk weiter zu knechten und zu betrügen.

Durch jahrzehntelangen faschistischen Terror hat sich das spanische Volk nicht niederringen lassen. Die Massenstreiks in den vergangenen Jahren, die illegalen Demonstrationen und die bewaffneten Widerstandsaktionen wie die Hinrichtung des Erzfaschisten Carrero Blanco zeigen den ungebrochenen Heroismus eines Volkes, das seit 40 Jahren die größte Sympathie und Unterstützung alle Antifaschisten der Welt genießt.

Unvergessen ist der heldenhafte dreijährige Kampf bis 1939, in dem den Franco-Truppen schwerste Niederlagen beigebracht wurden. Unvergessen auch die beispiellose Solidarität der internationalen Brigaden. Die deutsche Arbeiterklasse, selbst unter der Knechtschaft des Faschismus leidend und kämpfend, hatte ihre besten Kräfte in der Thälmann-Brigade an die Seite des spanischen Proletariats gestellt. Nur die geballte Reaktion Europas konnte sie bestegen. In frischer Erinnerung auch die internationale Solidaritätsbewegung und Massenstreiks in Spanien, die 1971 die Hinrichtung baskischer Patrioten in Burgos verhindern konnten, durch die der Franco-Faschismus noch weiter isoliert wurde.

Doch vom spanischen Volk wie von den Völkern der Welt isolierter denn je verschärfte in den vergangenen Jahren Franco seine Blutherrschaft. Unterstützt von den Kennedy, Nixon und Ford kannte er nur eine Antwort, um die gewaltigen Streiks des spanischen Proletariats gegen die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage niederzuhalten, um den immer neu auflodernden Freiheitskampf des baskischen

Fortsetzung S. 2

8.11. DORTMUND:

GEGEN KRISE, KRIEG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

Die Empörung über Massenarbeitslosigkeit und die "Sparprogramme" des bürgerlichen Staates wächst. Gerade unter den Jugendlichen verbreitet sich eine Bewegung, die nicht länger zu sehen will, wie Lehrstellen abgebaut werden, die Ausbildung verschlechtert wird und unzählige Schulabgänger ohne finanzielle Unterstützung auf der Strasse liegen! So waren es auch die gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen, die darauf drängten, gegen Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmissere zu demonstrieren! Doch was haben die DGB-Bonzen aus diesem Willen der Arbeiterjugend, der Kapitalistenwillkür die geschlossene Front der Arbeiterklasse entgegenzustellen, gemacht? Nachdem ihr Versuch, die Demonstration am 8. November ganz abzublenden, am massiven Widerstand der Arbeiterjugend scheiterte, versuchen sie jetzt, die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Arbeiterjugend vor ihren Mitbestimmungskarren zu spannen. Ihre Forderungen für Mitbestimmung und gegen Reformen sollen die Demonstration am 8. November zu einem vorgezogenen Wahlkampf für die arbeiterfeindliche SPD/FDP-Regierung machen.



FREIHEIT FÜR HORST MAHLER!

Unter Führung der ROTEN HILFE demonstrierten am 11. Oktober 1975 tausende von Menschen in Westberlin für die Freilassung von Horst Mahler. Delegationen aus vielen Teilen der Bundesrepublik waren nach Westberlin gekommen. Der sehr kämpferische und machtvolle Demonstrationszug ging durch die Arbeiterviertel Westberlins. Rote Helfer, die in den Arbeitervierteln kleine Kundgebungen und Propagandaarbeit machten, reiheten sich mit den neu gewonnenen Menschen in den Demonstrationen ein, so dass er grösser und grösser wurde. Die Entschlossenheit aller zeigte sich in der Vielfältigkeit und dem Einfallsreichtum, mit dem der Zug gestaltet war. Die Demonstration stand im Zeichen des Kampfes gegen den zunehmenden Abbau der demokratischen Rechte des Volkes und war eine breite Dokumentation des ent-

Fortsetzung S. 4

Die Gewerkschaftsführer setzen damit ihre Politik des Arbeiterverrats fort! Im Verein mit Monopolkapital und SPD-Regierung versuchen sie, jeden Ansatz von Opposition und Gegenwehr im Keim zu ersticken!

Allein bei den letzten Betriebsratswahlen wurden 400 Kolleginnen und Kollegen entlassen, weil sie als Betriebsräte nicht Kumpane der Geschäftsleitungen werden wollten, sondern konsequente Vertreter der Arbeiter, die sich auch durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz nicht die Hände fesseln lassen. Die Gewerkschaftsbonzen arbeiten dabei Hand in Hand mit den Kapitalisten, nach dem Motto: Ich schliesse ihn aus - du schmeisse ihn raus! Wer heute die BRD einen "Ausbeuterstaat" nennt, oder ein "System der Arbeitslosigkeit", wird strafrechtlich verfolgt, wie die Mitglieder der KPD Christian Semler und Thomas Luczak.

Wer, wie der Betriebsratskandidat bei Bauer - Druck, Köln - Franz Fessler, die reaktionären Mitglieder des Betriebsrats "Arbeiterverräter" und die Geschäftsleitung "Handlanger der Kapitalisten" nennt, soll in Zukunft für jeden Betrieb untragbar sein - wenn das Arbeitsgericht der Firma Bauer "Recht" gibt. Bei Bayer in Leverkusen und bei KHD in Köln wurden die oppositionellen Listen Köln wurden alle Mitglieder der oppositionellen Betriebsratskandidatenliste entlassen!

Am 24. Oktober wurde im Bundestag das "Berufsverbote-Gesetz" verabschiedet, nach dem jeder, der nicht aktiv die Ausbeuterordnung der BRD (FDGO) verteidigt, aus dem öffentlichen Dienst fliegt, bzw. gar nicht erst eingestellt wird. Dies ist in Europa, mit Ausnahme von Spanien und der sozialfaschistischen Diktaturen in Osteuropa, einmalig. Über 700 000 Menschen wurden bis vor dem Verfassungsschutz beschneitelt, 2 000 erhielten bereits ein Berufsverbot. So soll auch der Bremer Professor Jens Scheer mundtot

Fortsetzung S. 2

Inhalt

ROTE HILFE - Prozed	23
4 Monate Haft für Redakteur	24
FREIHEIT FÜR HORST MAHLER	25
Interview mit ER Stamer von BAV	26
Ausbildungsverbot für RH-Mitglied	27
Solidarität mit RA F. Gildemeier	28
München-Turm: Mieter-Kampfen	29
Vietnam-Prozed: Urteil statt	30
Türken-Prozed: Weg mit	31

gemacht werden, weil er gegen den Bau von technisch völlig unausgereiften Atomkraftwerken auftrat, die aber den Konzernen dicke Profite bringen!

Unter dem Deckmantel der "Anarchisten-Bekämpfung" wurden Polizei und Bundesgrenzschutz systematisch aufgerüstet und verhetzt. Dutzende harmloser Bürger haben dies bisher mit ihrem Leben bezahlen müssen, hunderte wurden auf den Polizeirevierien zusammengeschlagen. Das dieses Spektakel mit Anarchistenbekämpfung sich nichts zu tun hat, sondern gegen die sich erhebende Arbeiterklasse und ihre revolutionären Organisationen zielt, wird besonders deutlich am Falle von Horst Mahler.

Horst Mahler wurde 1970 als "Mitglied der Roten-Armee-Fraktion" verhaftet und ohne einen rechtsgültigen Beweis, nur wegen seiner Gesinnung zu 14 Jahren Haft verurteilt. Inzwischen hat sich Horst Mahler vom Anarchismus abgewendet und öffentlich in seiner Fernsehrede anlässlich der Entführung des CDU-Politikers Lorenz erklärt, daß er der festen Überzeugung ist, daß der Kampf der Arbeiter gegen diesen Ausbeuterstaat auch ihm die Freiheit bringt, und nicht individueller Terror.

Dies war für die Westberliner Behörden erst recht ein Anlaß, ihn strenger zu isolieren, ihm den Bezug revolutionärer Literatur zu verweigern, ihm die Mitarbeit in einer wissenschaftlichen Kommission der KPD zu verweigern, ja sogar vor 14 Tagen einen letzten Besuch bei seiner sterbenden Mutter abzulehnen, was selbst die Hitler - Faschisten 1941 dem im KZ sitzenden Pastor Niemüller nicht zu verweigern wagten!

Bewußt bricht die herrschende Klasse ihre eigenen Gesetze, um den Abbau demokratischer Rechte durch eine gesetzswidrige Praxis vorzubereiten. So mußte

Forts. ... Spanien

Volkes und die revolutionäre Bewegung der spanischen Arbeiter und Intellektuellen zu ersticken: blutigsten Terror, volle Gefängnisse und brutale Hinrichtungen von Antifaschisten und Patrioten. Die Blutspur ist unübersehbar. Doch auch die letzten Ermordungen der Genossen der ETA und der FRAP brachten nur noch größere Empörung in allen Teilen des spanischen Volkes. Selbst die bisher besten Freunde Francos in Europa, die SPD/FDP-Regierung sah sich zum Protest veranlaßt.

Nur die USA-Imperialisten brachen die Freundschaft mit Franco nicht. Während überall in der Welt Empörung herrschte, unterzeichneten sie ein neues Abkommen über Militärstützpunkte in Spanien, in panischer Haß, das benachbarte Portugal vor Augen. Ihr letzter sicherer Stützpunkt im Mittelmeerraum, der spanische Faschismus, soll vor dem Ansturm des Volkes und dem Vordringen des russischen Sozialimperialismus gehalten werden. Doch das spanische Volk ist dabei, diesen Plan zunichte zu machen. Die Tage der Faschisten und der Herrschaft des USA-Imperialismus sind gezählt. Und die besten Kräfte des spanischen Volkes wissen, daß man vor dem Tiger an der Hintertür auf der Hut sein muß, wenn dieser Wolf zurückgeschlagen ist, daß sie vor dem Feind, der sich hinter der Maske des "Sozialismus" versteckt, den Sozialimperialismus und ihren Agenten in Spanien achten müssen, ihn schlagen müssen, um die Unabhängigkeit Spaniens, die Republik des Volkes zu errichten.

Die Unterstützung des Kampfes des spanischen Volkes zur endgültigen Zerschlagung des Faschismus - das ist Sache aller Völker Europas. Die ROTE HILFE ruft alle Antifaschisten dazu auf, im Geiste der Thälmann-Brigade das feste Bündnis mit dem spanischen Volk zu schließen. Die internationale Solidarität, die Einheitsfront mit den Völkern der Dritten Welt - das ist der Wall, an dem alle Faschisten, ob im Auftrag der USA- oder des russischen Sozialimperialismus, scheitern werden!

der Kronzeuge Ruhland erst im Mahler-Prozess aufgebaut werden, um anschließend "beweisen" zu können, wie notwendig ein Kronzeuge-Gesetz zur "Wahrung des Rechtsstaates" ist. So wurden erst 70 000 Anwärter auf Posten im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz bespitzelt, um "beweisen" zu können, wie notwendig das Berufsverbote-Gesetz ist, so werden Anwälte von politischen Gefangenen bespitzelt, ihre Korrespondenz mit den Gefangenen zur Vorbereitung der Prozesse aus den Zellen gestohlen, um anschließend "beweisen" zu können,

Das Ziel der herrschenden Klasse ist angesichts dieser Tatsachen klar: Wehret den Anfängen! Trefft die fortschrittlichsten und kommunistischen Arbeiter und ihr trefft die ganze Arbeiterklasse! Schmeißt die klassenbewußten Arbeiter aus Betrieb und Gewerkschaft und ihr habt eure Ruhe! Doch die Bourgeoisie täuscht sich. Wo Unterdrückung und Elend ist, da ist auch Widerstand. Wo einzelne brotlos werden, kriminalisiert und entlassen werden sollen, schaffen wir Klassensolidarität.

Krisen und Kriege auf Kosten des Volkes - daß Wesen des Kapitalismus!

Die kapitalistischen Länder in der ganzen Welt befinden sich in der schärfsten Krise seit dem 2. Weltkrieg. In der BRD machten 27% mehr Betriebe als im Vorjahr pleite. Über eine Million Arbeiter und Angestellte sind arbeitslos, 800 000 müssen kurzarbeiten. Die Existenz tausender von Kleinbauern wurde vernichtet! Die Monopolkapitalisten kennen nur einen Weg, die Krise zu "bekämpfen": Abwälzung auf den Rücken der Arbeiterklasse und eines Volkes. Dabei können sie sich fest auf die SPD/FDP-Regierung stützen. Ihr "Sparprogramm" bedeutet: Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3%, Aussteuerung von ca. 200 000 Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung - für sie gibt es dann nur noch 58% Arbeitslosenhilfe, Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 13%, Hinausschiebung der vorgezogenen Altersgrenzen bei der Berentung, in allen größeren Städten Erhöhungen von Strom, Wasser, Gas und Fahrpreisen - zum Teil mehrmals im Jahr; für die Monopolkapitalisten gibt es gleichzeitig "Konjunkturspritzen" und "Investitionshilfen" in Milliardenhöhe! Wieder bedrohen die "Millionen", die schon hinter Hitler standen, unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wieder droht die kapitalistische Profitwirtschaft Millionen Menschen ins Elend zu stürzen. Zwei Generationen deutscher Arbeiter und Werktätiger haben ihre Arbeitskraft und Gesundheit zerschissen - die Monopolkapitalisten haben kassiert! Die Arbeiterklasse schafft den gesellschaftlichen Reichtum - sie eignen ihn sich an und Arbeiterklasse schafft den gesellschaftlichen Reichtum - sie eignen ihn sich an und bekommen auch noch aus Steuergeldern "Investitionshilfen", um weitere Arbeitsplätze wegzurationalisieren und die Ausbeutung der noch übrig gebliebenen Arbeiter zu verschärfen. Nur so können sie billiger produzieren und haben eine Chance ihre kapitalistischen Konkurrenten auszusteichen und im Chaos der "freien Marktwirtschaft" zu bestehen. Die Großen fressen die Kleinen, ein Kapitalist schlägt viele tot - das ist das Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise. Die Zeche zahlt so oder so immer die Arbeiterklasse! Deshalb muß die Arbeiterklasse im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf aufzuehnen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für den Sozialismus! Dabei kann sie sich fest auf die Länder der 3. Welt stützen, die in den letzten Jahren große Erfolge im Kampf gegen imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung erlangen haben. Und insbesondere auch den imperialistischen Supermächten UdSSR und USA schwere Niederlagen beigebracht haben. Besonders die UdSSR bereitet sich deshalb auf eine kriegerische Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in der Welt vor. Denn ihre eigenen wirtschaftlichen Reserven sind sehr gering.

Die ROTE HILFE organisiert die proletarische Solidarität und Selbsthilfe - im Kampf für ein unabhängiges, vereintes, sozialistisches Deutschland!

Die Rote Hilfe hat in den vergangenen Jahren erfolgreiche Kämpfe gegen die Verfolgung fortschrittlicher und revolutionärer Menschen und Organisationen geführt. Der Versuch der Bourgeoisie, 1973 die neugegründete KPD zu verbieten schlug gründlich fehl. Exemplarisch verhaftete oder vor Gericht gestellte Mitglieder wie Christian Semler, Jürgen Horlemann und Uli Kranzusch mußten wieder freigelassen werden. Das geplante Terrorurteil gegen Uli Kranzusch, wegen Teilnahme an der Demonstration gegen den südvietnamesischen Faschisten Thieu, wurde durch die Organisation breiter Solidarität und durch das mutige Auftreten von Uli Kranzusch vor Gericht verhindert. Herauskaum eine Haftstrafe von einem Jahr, ausdrücklich weil der Genosse seine Gesinnung auch vor Gericht verteidigt hatte. Herauskaum, daß die BRD-Regierung neben der USA die Hauptstütze politisch und finanzielle des Thieu-Faschismus in Vietnam war! Der Streik der Ford-Arbeiter gegen die unmenschliche Arbeitsweise und die niedrigen Löhne wurde von der Roten Hilfe politisch und materiell unterstützt. Überall, wo die Rote Hilfe bestand, wurde

Damit sich das ändert: Unterstützt die Rote Hilfe! Werdet Mitglied der Roten Hilfe! Solidarität hilft siegen!

daß der Verkehr mit, ja schon die Verteidigung eines politischen Gefangenen kriminell ist und solche Anwälte aus den Prozessen ausgeschlossen werden müssen, dass ein Verteidigerausschluß-Gesetz notwendig ist! Die Methode der Bourgeoisie ist also: Haltet den Dieb! zu schreiben, während sie selbst es ist, die elementare Rechte des Volkes ausser Kraft setzt!

KAMPF DEM ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE DES VOLKES !!!

Die Mitbestimmung ist ein reaktionäres Ordnungskonzept!

Die Forderungen der DGB-Führung und der DKP nach "Mitbestimmung", "demokratischer Kontrolle" und "Sozialpartnerschaft" sind nicht die Forderungen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Es sind auch nicht die Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder, denn die wurden nicht gefragt. Es sind die Forderungen der Bonzen, die seit Jahr und Tag mit den Kapitalisten an einem Tisch sitzen.

6 Jahre "Reformpolitik" der SPD-Regierung waren 6 Jahre der wirtschaftlichen Ausplünderung und des Abbaus der demokratischen Rechte des Volkes! 20 Jahre Mitbestimmung in der Montanindustrie waren 20 Jahre Beteiligung einiger Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre an der Ausbeutung und Entlassung hundertausender von Bergarbeitern. Die "Reform" der Beruflichen Bildung hat den Lehrlingen den Stufenplan gebracht, nachdem ein Großteil der Lehrlinge nach 2 Jahren als bessere Hilfsarbeiter in die Produktion wandern dürfen! Wirksame Verbesserung der wirtschaftlichen Situation waren Investitionspritzen in Milliardenhöhe für die Monopole zur Rationalisierung und Bankrott für die Kleinkapitalisten, für die Arbeiter aber immer weitere Entlassungen! Gegen Arbeitslosigkeit kämpfte Eugen Loderer bei VW, indem er den Massenentlassungen dort als Mitglied des Aufsichtsrates nichts anderes entgegenhielt als seine "Bedenken".

Wie verkommen und reaktionär die Gewerkschaftsführer sind, beweisen sie auch mit der Vorbereitung der Demonstration in Dortmund:

Die Zahl der Busse ist so begrenzt, daß aus allen Bundesländern außer NRW nur 6000 eine Fahrmöglichkeit erhalten sollen, die Karten für die Veranstaltung in der Westfalenhalle werden nur an 100% Anhänger ausgegeben oder erst in Dortmund selbst, um sicher zu gehen, daß keine oppositionellen Kräfte in der Halle vertreten sind.

Mit dem Innenministerium von NRW vereinbart, nur Busse mit DGB-Begleitung nach Dortmund zu lassen. Das ist die "Mitbestimmung" der Gewerkschaftsführung! Diese Polizeistaatsmethoden zeigen, warum es den Bonzen geht: Unter dem Deckmantel "leiser Kritik" soll letztlich die SPD wieder einmal gegenüber der CDU als das "kleinere Übel" dargestellt werden. Die Empörung zig tausender Arbeiter und Arbeitsloser soll vor den abgewrackten Karren der "Reformpolitik" gespannt werden, nach dem alten Bonzenmotto: "Nur ruhig bleiben kollegen, wir machen das schon!"

Kräftig unterstützt werden die DGB-Führer dabei von der DKP, der 5. Kolonne der neuen Kremel-Zaren. Sie übernimmt schon seit Jahren die Rolle der Prügelgarde und des Denunzianten gegenüber revolutionären und oppositionellen Kolleginnen und Kollegen. Damit erschleicht sie sich Posten im Gewerkschaftsapparat, um wie in Portugal den Kremel-Zaren den Weg nach Westdeutschland zu ebeneden.

Für freie politische Betätigung in Betrieb und Gewerkschaften

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden. Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:

Unterschrift:

Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

Einsenden an eins der ROTE HILFE-Büros!

4 Monate Haft für Redakteur

4.12.: BERUFUNGSPROZESS IN KÖLN

Christian Hommerich, ehem. presserechtlich Verantwortlicher der "Internationalen Solidarität", Zeitschrift der Liga gegen den Imperialismus, steht erneut vor Gericht, in Berufung gegen ein Urteil von 4 Monaten Haft ohne (!) Bewährung. "Beleidigung von Polizeibeamten" soll es gewesen sein, wenn die "Internationale Solidarität" das brutale Vorgehen der Polizei bei der Demonstration gegen den Besuch Breschnevs in der BRD angegriffen hatte. Hunderte, die im Mai 1973 gegen den neuen Zaren in Dortmund demonstrierten oder sich zufällig in der Nähe aufhielten, waren damals verhaftet und für 2 Tage inhaftiert worden.

Die "IS" hatte das Vorgehen der Polizei bei dieser Demonstration in den Zusammenhang der allgemeinen Aufrüstung der Polizei gestellt, hatte nachgewiesen, daß Spezialeinheiten der Polizei zu regelrechten "Killereinheiten" ausgebaut werden.

Doch Tatsachen und augenfällige Zusammenhänge interessierten die Klassenjustiz nicht.

In der Urteilsbegründung hatte das Gericht festgestellt, "daß die Einlassung des Angeklagten (u. a. zum Auftrag der Spezialeinheiten) unerheblich sind und an der Sache völlig vorbeigehen". Und: "Es besteht zunächst keinerlei Zweifel daran, daß Ausdrücke wie "Killereinheiten", "ausgebildete Mordschützen", "Mörderbanden" und "Polizeiterrorbanden" beleidigend im Sinne des § 185 sind, weil sie geeignet sind, die Polizeibeamten im Einzelnen und insgesamt verächtlich zu machen. Sie sind bereits der Form nach ein Angriff auf die Ehre und eine nicht mißzuverstehende Kundgebung der Mißachtung und Nichtachtung". Das ist die Logik der Justiz, daß "ein Wahrheitsbeweis überhaupt nicht möglich ist, wenn bereits die Form beleidigend ist." Wer also zu einem Faschisten "Faschist" sagt, kann hiernach wegen Beleidigung verurteilt werden.

Daß dieser ganze juristische Trick nur ein Mittel war, um einen Anlaß (Formalbeleidigung) für die Verurteilung eines ant imperialistischen Redakteurs zu finden, wird aus der Begründung des Strafmaßes deutlich. "Strafverschärfend mußten dagegen die Beweggründe und Ziele des Angeklagten ins Gewicht fallen. Wie bereits ausgeführt war nicht das Ziel die bloße Beleidigung der Polizei, sondern ihre Verächtlichmachung bei der Bevölkerung. Es ist allgemein bekannt, daß linksradikale Kreise durch systematische Hetze eine revolutionäre Krise schaffen wollen. Die beleidigenden Artikel sind also letztlich Mittel zur Unterwanderung der Rechtsordnung aus einer feindlichen Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich demokratischen Rechtsstaat". Herausragend ist das Urteil aber besonders deshalb, weil hier das Gericht sogar den Antrag des Staatsanwaltes nach einer Geldstrafe von 1500 DM übertraf und durch die

Verhängung einer Haftstrafe von der bisherigen Praxis abwich, allein durch hohe Geldstrafen den Einzelnen und die Organisation zu ruinieren versuchen. Das Gericht wollte mit diesem Urteil der ganzen Klassenjustiz den Weg bei der Ausschaltung der revolutionären Presse zeigen: die Redakteure hinter Gittern zu bringen wie in der Weimarer Republik, wo hunderte Redakteure und sogar Buchhändler, die kommunistische Literatur verkauften, verurteilt und monatelang inhaftiert wurden. Dieser Versuch muß verhindert werden! Das Recht auf Pressefreiheit muß verteidigt werden! Das Urteil muß fallen! FREISPRUCH FÜR CHRISTIAN HOMMERICH! Berufungsverhandlung am Donnerstag, 4.12.75, 9 Uhr, Landgericht Köln, Apellhofplatz, Zimmer 133.



Korrespondenz

200 DM STRAFE FÜR SOLIDARITÄTSBRIEF

Unter Teilnahme zahlreicher Zuhörer fand am 19. 9. der Beleidigungsprozess gegen die Genossin Karin statt. Ihr wurden vorgeworfen, in einem an den im vergangenen Herbst für Monate inhaftierten Genossen Hanns Marzini gerichteten Brief das Wort Polizeiterror gebraucht zu haben.

IMPRESSUM
Verantw. i. S. d. Pr. ges.: H. Schmidt
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6
Hrsg.: Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Genossin Karin führte vor Gericht aus, daß sie mit ihrem Brief den Genossen Hanns Marzini in seinem Kampf für die Arbeiterklasse stärken wollte. Die Staatsanwaltschaft hätte auch merken müssen, daß die beanstandeten Zeilen - die noch dazu in Anführungszeichen gesetzt sind - einem Arbeiterlied entstammen.

Der Verteidiger, RA Wächtler, führte einige Literaturbeispiele an, so Brecht, dessen Gedichte im Sinne der Anklage alle als beleidigend empfunden werden müßten. Außerdem könne es keine Beleidigung sein, da der Inhalt nicht für Dritte bestimmt war und nur durch die schamlose Indiskretion des Ermittlungsrichters an die Öffentlichkeit gekommen sei.

Trotz dieser Argumente wurde die Genossin zu 200 DM Geldstrafe verurteilt! NIEDER MIT DER KLASSENJUSTIZ!

ROTE-HILFE-PROZESS:

NIEDERLAGE DER ANKLAGE

GERICHT MUSSTE NEUEN GUTACHTER ZUM MORD AN ROUTHIER BESTELLEN

"Weg mit den Routhier-Prozessen! Bestrafung der Mörder von Günther Routhier!" - trotz fast 100 000 DM Geldstrafen hat sich die Wahrheit über den Polizeimord in Duisburg an den kommunistischen Arbeiter nicht unterdrücken lassen. Jetzt, nach dutzenden von Prozessen mußte erstmals ein Gericht, das Amtsgericht Tiergarten/Westberlin, der Forderung nach Untersuchung der Todesursachen Günther Routhiers nachgeben. Im Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der ROTEN HILFE, Hartmut Schmidt, wurde dem Antrag der Verteidiger, RA Kraetsch und RA Ströbele, stattgegeben, den "Fall" neu zu untersuchen: Prof. Walter Krauland, Leiter des gerichtsmedizinischen Instituts der Freien Universität Berlin wurde beauftragt, ein medizinisches Gutachten über den Zusammenhang zwischen den Polizeischlägen im Duisburger Gericht und dem drei Wochen später eingetretenen Tod des Günther Routhier zu erstellen. Der Prozeß gegen Hartmut Schmidt mußte dadurch neu angesetzt werden (Aktenzeichen:277-118/75).

Das Berliner Schöffengericht kam zu dieser für alle Routhier-Prozesse einschneidenden Entscheidung, nachdem die Vernehmung des Gerichtsmediziners Adebahr aus Essen, der die Leiche Routhiers obduziert hatte, ergab, daß sich Adebahr nie um die Krankheitsgeschichte in der Zeit nach dem Überfall im Duisburger Gericht gekümmert hatte. Als dann die Vertrauensärztin der Familie Routhier, Frau Dr. Gedeon darüber berichtete, konnte kein Zweifel über die Todesursachen mehr bestehen. Der SA - in die Enge getrieben - beantragte dann plötzlich, einen Beschluß des Oberlandesgerichts Düsseldorf vor Gericht verlesen zu lassen, das die Einstellung der Ermittlungen gegen die Polizeischläger verfügt hatte, und auf das sich bisher die meisten Gerichte bei ihren Verurteilungen gestützt hatten. Doch das Berliner Gericht lehnte die Verlesung ab. Als dann RA Ströbele über einen jüngst in Berlin durchgeführten Prozeß gegen einen jungen Arbeiter berichtete, der zu 5 Jahren verurteilt wurde wegen einer Schlägerei mit einem Rentner, der drei Wochen später gestorben war - wobei dessen Krankheitsgeschichte und Todesursache fast völlig identisch mit der Günther Routhiers war - da wurde für jeden der Charakter der Klassenjustiz augenfällig. Die Anklage brach wie ein Kartenhaus zusammen, in und außerhalb des Gerichts wurden unüberhörbare Rufe nach Bestrafung der Mörder Günther Routhiers laut. Doch nicht nur wegen der als beleidigend angesehenen Tatsachenbehauptung in dem angeklagten Flugblatt der ROTEN HILFE, Günther Routhier sei ermordet worden, sondern auch in allen anderen angeklagten Punkten gab es in den vier Prozeßtagen eine Niederlage nach der anderen für den SA Weber, berüchtigten Verfolger der revolutionären Presse.

RUHLAND IST EIN VON DER POLIZEI GEKAUFTES SUBJEKT!

Zweimal wurde der Kronzeuge für die Verurteilungen Horst Mahlers und vieler anderer vernommen. Als durch seine Aussagen bestätigt wurde, daß er für seine Beschuldigungen ständig Vergünstigungen und Geldzuwendungen erhalten hatte (vgl. Kasten), griff der SA zu der aberwitzigen Konstruktion, Ruhland mag ja gekauft sein, aber Verfassungsschutz und Sicherungsgruppe Bonn gehörten nicht zur Polizei!

RUHLANDS GELDGEBER

Bis Herbst 1974 hat Ruhland von seinem Anwalt, Dr. Becher aus Köln, vermittelt durch die Sicherungsgruppe Bonn, monatlich 700-800 DM neben freier Kost und Logie erhalten. Als R. erfuhr, daß das Geld von 3. Seite komme, "hat er es abgelehnt". Von was er seitdem, ob etwa vom Geld seiner ihm vom Verfassungsschutz gestellten Freundin lebe, dazu verweigerte Ruhland die Aussage.

Im Gefängnis hatte R. nach seinen Vernehmungen Freipakete mitgebracht, hatte ein Radio mit UKW-Teil erhalten, was sonst überall im Gefängnis verboten ist.

Als auch das nicht mehr zog, gelangte er zu der noch absurderen Argumentation, es gehe nur darum, ob Ruhland von der Berliner Polizei gekauft sei, denn: den Strafantrag wegen Beleidigung habe der Berliner Polizeipräsident gestellt!

VERSUCHTER MORD AN THOMAS HYDREK

Am 29. 5. 74 war der Schüler Thomas Hydrek auf dem Frankfurter Römer von einem Wasserwerfer lebensgefährlich angefahren und verletzt worden. Dies, der Einsatz von CN-Gas, das ganze brutale Vorgehen der Frankfurter Polizei gegen den Protest Tausender gegen die Fahrpreiserhöhungen zeigte, daß Schwerverletzte oder Tote in Kauf genommen wurden, um die Preiserhöhungen durchzusetzen.

Im Prozeß gegen Hartmut Schmidt wurde dies durch die Aussagen des Wasserwerferfahrers, des Polizisten Müller aus Ffm., bestätigt. Müller sagte u.a. aus, daß er auf Befehl seines Einsatzleiters auf dem Römer losgefahren sei, obwohl er den Platz nicht übersehen konnte. Er konnte nichts sehen, da mit CN-Gas vermisches Wasser gespritzt wurde, die Sicht dadurch nur 10 m war, das CN-Gas zudem im Wasserwerfer selbst "wirkt". Ständig verurteilte jedoch die Schutzbrille, mit der man außerdem nur geradeaus sehen könne. Auch sein "Kommandant" im Wagen, der ihm den Befehl von außen übermittelte, habe nichts gesehen. Der Antrag der Beleidigung, einen Zeugen zu hören, der gesehen hatte, daß Thomas Hydrek ganz allein auf dem Römer stehend von dem Wasserwerfer umgefahren wurde, der gerade auf ihn losfuhr, wurde "als wahr unterstellt" und zurückgewiesen.

Der Polizist Müller erklärte, daß er selbst in dem inzwischen eingestellten Ermittlungsverfahren gegen ihn, nie vernommen wurde!

DR. BORZ IN TEGEL BEHANDELT GEFANGENE ENTWEDER GAR NICHT ODER PUMPT SIE MIT DROGEN VOLL

Als menschenverachtender zynischer Vollzugsmediziner präsentierte sich Dr. Borz als "Zeuge". Jede Frage nach seiner "Behandlung" eines bestimmten Gefangenen beantwortete er mit einer Beschimpfung des Betroffenen. Selbst der Richter empörte sich, als Dr. Borz faustdicke Lügen auftrug. So hatte er zuerst erklärt, die sog. "Teddy-Spritze" (überstarke Beruhigungsspritze, nach der ein Gefangener völlig willenlos nur noch taumelt) kenne er nicht, wenig später aber behauptete er, dem Gefangenen X habe er nur eine leichte Valium und keine "Teddy" gespritzt. Als schließlich zwei Gefangene als Zeugen über Dr. Borz aussapkten, die Anklage mehrfach widerlegt wurde, waren Staatsanwalt und Richter sichtlich erleichtert, als diese wieder abgeführt wurden. Die Sprechchöre im Gerichtssaal "Weg mit Dr. Borz" und "Dr. Borz auf die Anklagebank!" ließen sie über sich ergehen, so wie sie schon vorher bei einer Gedenkminute für die ermordeten spanischen Patrioten lediglich eine kurze Pause verkündeten.

Forts. v. S.1 Mahler

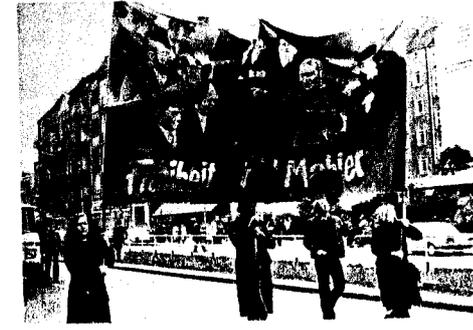
begleitet von Transparenten mit der Aufschrift FREIHEIT FÜR HORST MAHLER!, die von Luftballons getragen wurden. Die Gefangenen sowie Horst Mahler selbst standen an den vergitterten Fenstern, begrüßten den Demonstrationstrupp und brachten ihre Solidarität durch erhobene Fäuste zum Ausdruck. All diejenigen Gefangenen, die es nicht sehen konnten, konnten die Ansprachen durch den Lautsprecher hören. Genosse Dieter Kunzelmann sprach für die ROTE HILFE.

Er selbst hat jahrelang widerrechtlich in Tegeel gesessen und gemeinsam mit Horst Mahler den Kampf gegen den menschenfeindlichen und mörderischen Strafvollzug begonnen. In seiner Rede reichte er den Kampf für die Freilassung von Horst Mahler ein in die großen Aufgaben der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Supermächte, zur Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes, zum Kampf für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland.

Der 11. Oktober war ein erfolgreicher Beginn des Kampfes all derjenigen, die entschlossen sind, Horst Mahler freizukämpfen, all derjenigen, die erkannt haben, daß jedes erkämpfte Recht verteidigt werden muß, daß gerade jetzt, im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, im Kampf für nationale Unabhängigkeit, der Kampf um demokratische Rechte unerbittlich gegen die Bourgeoisie geführt werden muss, denn die führende Kraft im antihegemonistischen Kampf, die Arbeiterklasse wird ihre Stimme gegenüber der Bourgeoisie machtvoller erheben können wenn sie mehr demokratische Positionen besetzt. Und die Arbeiterklasse muß sich rüsten für ihr Ziel, der endgültigen Befreiung vom Joch des Imperialismus, dem Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und der Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Gemeinsam mit all diesen Menschen setzt sich die ROTE HILFE das Ziel die Solidaritätsfront zu erweitern, den Kampf um die Freilassung Horst Mahlers zur Sache der Millionenmassen zu machen. Die ersten Erfolge sind bereits festzustellen. Entgegen einem Kammergerichtsbeschluss werden Horst Mahler jetzt alle revolutionären Presseorgane zukommen, die auf der Postzeitungsliste geführt werden, unter anderen die Rote Fahne, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands. Aber auch hier wissen wir, daß der Erfolg nicht als Sicherheit begriffen werden kann. Wenn es auch nicht gelungen ist, die Ausführung von Horst Mahler zu seiner sterbenden Mutter und ihrer Beerdigung zu erreichen, so spricht aus den Ablehnungen des Westberliner Senats nur die Furcht vor der wachsenden Solidaritätsbewegung, die Furcht Horst Mahler könnte zu den Massen direkt sprechen. Der Kampf um die Freilassung von Horst Mahler hat die Kampfbedingungen im Gefängnis selbst verbessert, die Gefangenen schließen sich enger zusammen gegen die Willkürmassnahmen der Justizbitteln. Das nächste Ziel der Roten Hilfe ist die unmittelbare Erlaubnis, daß Horst Mahler in der wissenschaftlichen Kommission der Kommunistischen Partei Deutschlands mitarbeiten kann sowie unsere Forderung "Tagesausgang für Horst Mahler!"

11.10.: Kampftag in Westberlin:



Brief aus Braunschweig:

Braunschweig, den 25. 10. 75

Lieber Genosse Horst!

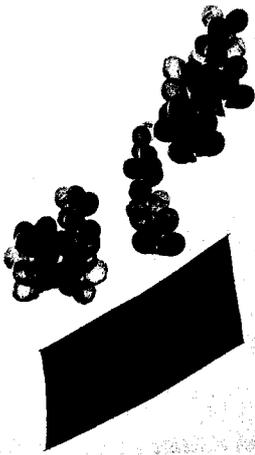
Nach der kämpferischen Demonstration und Veranstaltung des Komitees in Westberlin, die uns allen nochmals mit aller Deutlichkeit die unverschämten Angriffe der Klassenjustiz gegen die demokratischen Rechte des Volkes vor Augen geführt hatten, führten wir letzte Woche hier in Braunschweig eine geschlossene Aktion zu Deiner Freilassung durch. Es lief in der "Lupe", einem Kino mit täglich wechselndem Programm, der Film

"Sacco und Vanzetti". Wir verteilten vor der Vorführung Flugblätter, verkauften Rote Fahne, Rote-Hilfe-Zeitung und internationale Solidarität und sangen im Vorraum das "Lied für die Genossen in Haft". Diese Aktionen wurden vom Kino-Personal begrüßt und unterstützt. Nach dem Film wies ein Genosse in einer kurzen Ansprache auf die aktuelle Bedeutung für die heutige Situation der Gefangenen in der BRD und Westberlin hin. Wir riefen auf zu einer Diskussion über die Parallelen zwischen dem Kampf für die Freilassung der beiden italienischen Ge-

nossen in den 20er Jahren und der Kampagne, wie sie für Deine Freilassung läuft. Es kamen 5 oder 6 Besucher mit in ein nahegelegenes Lokal, wo wir den Inhalt des Films analysierten und zu der Einschätzung kamen, daß es sich insgesamt um einen fortschrittlichen Film handelt. Insbesondere bei den Genossen, die selbst schon mit dem Staatsapparat in Konflikt gekommen sind, wurde deutlich, daß es damals wie heute nur darum ging, in den Prozessen die politische Gesinnung der Angeklagten abzuurteilen. Den neu hinzugekommenen schilderten wir anhand von praktischen Beispielen wie den Polizeirazzien aus Anlaß der Lorenz-Entführung, des Ausbaus von Gerichtssälen und -gebäuden zu Polizeifestungen, der Verfolgung von ausländischen Arbeitern und deren revolutionären Organisationen u. ä., daß sich die

Verhältnisse seit der damaligen Zeit nicht geändert haben. Am Beispiel der politischen Einlassungen der Angeklagten Sacco und Vanzetti verdeutlichten wir die einzige Möglichkeit der Prozeßführung und wiesen darauf hin, daß Du es gewesen bist, der in vorbildlicher Weise damals den Kampf aus dem Gerichtssaal heraus verlegt hast und in vorderster Front auf Demonstrationen marschiert hast, aus der Einsicht, daß nur durch die revolutionäre Gewalt der Massen der Sturz dieses Systems des Imperialismus zu einem erfolgreichen Ende geführt werden kann. Kritisch merkten wir an, daß vor allem in diesem Punkt der Film Mängel aufgewiesen hat. So wurden nur in Ansät-

Freiheit für Horst Mahler!



BESUCH BEI STERBENDER MUTTER ABGELEHNT!

Mit dem knappen Hinweis, das Sicherheitsrisiko sei zu groß, mit dem Hinweis auf den Kampf um die Freiheit für Horst Mahler hat am 14.10. Justizsenator Oxford es abgelehnt, Horst Mahler zu seiner sterbenden Mutter auszuführen. Doch die Familie Mahler ließ nach diesen unglaublichen und verleumderischen Begründungen nicht locker und sprach immer wieder beim Westberliner Senat vor. Verständnis vor-täuschend schlugen diese Herren vor, doch die todkranke Mutter zu ihrem Sohn ins Gefängnis transportieren zu lassen! Die ganze Ungeheuerlichkeit und Unmenschlichkeit von Oxford und Co wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, was Pastor Niemöller den Angehörigen von Mahler mitteilte, daß nämlich ihm, als er 1941 im KZ saß, Massenmörder und SS-Führer Himmler seine Ausführung zu seinem sterbenden Vater genehmigte. Als Peter Mahler, der Bruder Horst Mahlers, dies Oxford telephonisch mitteilte, wußte er nichts anderes zu sagen, als daß sich diese Fälle nicht miteinander vergleichen lassen, schließlich leben wir in einem Rechtsstaat und Horst Mahler sei rechtskräftig verurteilt worden.

Am 16. Oktober drückten Angehörige und Mitglieder des Komitees "Freiheit für Horst Mahler!" auf Schrifftafeln vor dem Schöneberger Rathaus ihren Protest gegen die Entscheidung aus. Die Antwort: von der Polizei wurde unter dem Hinweis des "Bannmellengesetzes" die geschlossene Reihe auseinandergetrieben. Als sie sich dann in Zweiergruppen wieder vor dem Rathaus postierten, kam erneut die Polizei, nahm sie fest und stellte die Personalien fest.

Am 18. Oktober führte die ROTE HILFE eine sehr kämpferische Demonstration zum Gefängnis Tegel durch. Trotz kurzfristiger Mobilisierung fanden sich 150 Menschen ein.

Auf einen erneuten Antrag der Familie Mahler nach Ausführung zur Beerdigung antwortete Oxford mit dem Hinweis, Mahler sollte bei der Lorenz-Entführung befreit werden, und lehnte wieder ab. Welch Hohn, konnten doch Millionen von Menschen Horst Mahler am 1. März dieses Jahres anlässlich der Lorenz-Entführung im Fernsehen sehen hören:

"Die Strategie des individuellen Terrors ist nicht die Strategie der Arbeiterklasse... Ich bin der festen Überzeugung, daß sich durch den Kampf der revolutionären Massen gegen dieses kapitalistische Ausbeutersystem die Gefängnisse für alle politischen Gefangenen öffnen werden, weshalb ich es ablehne, mich auf diese Weise außer Landes bringen zu lassen."

Die letzten Provokationen:

MITARBEIT IN WISSENSCHAFTLICHER KOMMISSION DER KPD ABGELEHNT!

Heuchelei, Verlogenheit und der ganze Widersinn des kapitalistischen Strafvollzugs spricht aus dem Schreiben von Anstaltsdirektor Glaubrecht, in dem er es ablehnt, daß Horst Mahler in einer wissenschaftlichen Kommission der KPD mitarbeitet und dazu sich monatlich mit den Genossen trifft.

"Ich widerspreche durchaus nicht der Ansicht, daß zusätzliche Außenkontakte der Vorbereitung auf die Entlassung förderlich sind, muss jedoch darauf hinweisen, daß im Falle ihres Mandanten der Entlassungszeitpunkt gegenwärtig noch in so weiter Ferne liegt, daß eine Notwendigkeit für konkrete Entlassungsvorbereitungen vorerst nicht gegeben ist."

Welch ein Zynismus, davon auszugehen, daß Horst Mahler ja zu 14 Jahren verurteilt wurde, von denen erst 5 vergangen sind, daß jetzt also noch kein Anlaß bestehe, ihn auf sein Leben in "Freiheit" vorzubereiten. Die Devise von "Herrn" Glaubrecht, der doch so gerne in Presse und Rundfunk von seinen Reformen spricht, ist: Erst die Gefangenen fertig machen - dann sie wieder "hochpäpeln".

Typisch ist auch die Methode von Glaubrecht, Zwißtracht und Mißtrauen unter die Gefangenen zu säen. So schreibt er: "Eine Ihrer Bitte entsprechende Entscheidung würde für Ihren Mandanten eine derartige Besserstellung gegenüber anderen Insaßen bedeuten, wie ich sie im Interesse einer gerechten Behandlung der Insaßen nicht zu verantworten vermag."

Glaubrecht scheint gern die Dinge zu verdrehen und sich als einen Friedensapostel hinzustellen; so heißt es in der Ablehnung weiter: "In den vorgetragenen Umständen sehe ich jedoch keinen Rechtfertigungsgrund für die Gewährung monatlicher Sprechstunden, zumal der angestrebte Kontakt und die damit in Zusammenhang stehenden Erörterungen auch auf schriftlichem Wege wahrgenommen bzw. geführt werden können."

Scheinbar großzügig glaubt sich der Mann, gleichzeitig verweigert er dem Genossen Mahler die Rote Fahne und andere revolutionäre Presseorgane. Gleichzeitig finden immer wieder unter fadenscheinigen Gründen Razzien in der Zelle des Genossen statt, wo Glaubrecht versucht, Horst Mahler wichtige Unterlagen zu entreißen.

Aber wann Horst Mahler frei ist, entscheidet nicht Glaubrecht, sondern der Kampf der Arbeiterklasse und die Millionenmassen ebenso wie Glaubrecht nicht entscheiden wird, wie Horst Mahler seine wissenschaftliche Arbeit durchführt, sondern der Kampf und die breite Solidaritätsfront.

PROZESS GEGEN DIETER KUNZELMANN

Am 20.11., 9 Uhr im Saal 101, Amtsgericht Tiergarten, ist Genosse Kunzelmann wegen angeblichen Widerstands gegen Gefängnisbüttel angeklagt. Die Wahrheit ist, daß Dieter Kunzelmann und Horst Mahler aus ihren Zellenfenstern eine Demonstration der ROTEN HILFE im Januar dieses Jahres mit roten Fahnen begrüßt hatten und deswegen brutal von den Fenstern weggezerrt und an den Füßen gepackt in den Keller geschleift wurden.

2500 DM STRAFE FÜR RA STRÖBELE

Am 30.10. wurde RA Ströbele zu dieser Geldstrafe verurteilt, weil er im Prozeß gegen Horst Mahler, Meinhof und Becker in seinem Plädoyer zusammenfassend

festgestellt hatte: schon einmal vor 30 Jahren habe es einen Richter in Deutschland gegeben, der so argumentierte wie

heute SA Priestoph, den Präsidenten des Nazi-Volksgerichtshofes Roland Freisler, der habe "nur lauter gebrüllt".

zen Massenaktionen und Demonstrationen des Verteidigungskomitees gezeigt und der Hauptschwerpunkt auf die ohne Zweifel auch guten Verteidigungsreden des Verteidigers gelegt. Insgesamt schätzten wir die gesamte Aktion als sehr positiv ein, auch in Anbetracht der Tatsache, daß sie zu einem erheblichen Zusammenschluß und zur Klarheit der Genossen an diesem Punkt beigetragen hat. Wir sammelten zwischen 30 und 40 DM für die Rote Hilfe, verkauften 10 Rote-Hilfe-Zeitungen, 2 Rote Fahnen und 2 Internationale Solidarität!

Dies wird uns weiter beflügeln in unserem Kampf für Deine Freilassung und wenn möglich im Aufbau einer Abteilung des Westberliner Komitees "Freiheit für Horst Mahler".

Bestellt die Dokumentationen des Komitees "Freiheit für Horst Mahler", darunter den vollständigen Text des Schandurteils gegen den Genossen über Prof. Dr. Gerhard Bauer, 1 Berlin 45, Goethestr. 30, Tel.: 030/772 43 43

SCHAFFT ROTE HILFE

Unterstützt den Kampf für die Freilassung des Genossen Horst Mahler durch Eure Spende für den Rechtshilfefond der ROTEN HILFE: Stadtparkasse Dortmund Konto Nr.: 001 096 214 Kennwort:Rechtshilfe

Neue Schallplatte: HORST MAHLER LIED GENOSSEN IN HAFT! Denis & VSK Köln DM 5.-- zu beziehen über NEUE WELT Schallplatten W. Bergmann 5 Köln 1, Werderstr. 23

SCHREIBT HORST MAHLER

1 Berlin 27, Seldelstr. 39

Interview mit GERHARD STAMER, entlassener Blohm & Voss - Betriebsrat



Wie Kapitalisten, Klassenjustiz und Gewerkschaftsbonzen Hand in Hand gerade jetzt in der Krise die Betriebe von klassenbewußten Arbeitern säubern wollen, dafür ist die Entlassung des Betriebsrats auf der Hamburger Werft Blohm & Voss, Gerd Stamer ein Musterbeispiel. Die RHZ berichtete über den Kampf bei Blohm in den vergangenen Monaten (6, 7/75). Die ROTE HILFE, Ortsgruppe Hamburg, interviewte Gerd Stamer nach seiner fristlosen Entlassung, die prompt wenige Tage nach dem Urteil des Arbeitsgerichts über Entlassung aus dem Betriebsrat erfolgte. Gerd Stamer war dennoch nach Beratung mit den Kollegen seiner Halle am Tage nach der Kündigung zur Arbeit auf der Werft erschienen, wo er dann unter empörten Pfeifkonzert der Kollegen vom Werkschutz herausgeschleift wurde.

Stamer: Obwohl dieses Urteil noch nicht rechtskräftig ist, wurde ich bereits zur nächsten Betriebsratssitzung eingeladen. Ich habe meine Teilnahme dann mit einer einseitigen Verfügung erzwungen. Dort wurde mir zynischerweise die fristlose Kündigung mitgeteilt. Ich habe sofort mit den Kollegen in meiner Halle die ersten Kampfschritte beraten. Als ich am nächsten Tag wieder zur Arbeit kam, wurde ich unter dem empörten Pfeifkonzert meiner Kollegen vom Werkschutz rausgeschleift.

RH: Welches waren die ersten Kampfschritte gegen dieses brutale Vorgehen?

Stamer: Wir haben sofort zusammen mit der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe bei B & V und der KPD Kundgebungen vor dem Betrieb durchgeführt und die Kollegen zur solidarischen Aktion mit ihren kommunistischen Interessenvertretern im Betriebsrat aufgerufen. Wir haben erklärt: gegen diese Maßnahmen der Blohm & Voss-Kapitalisten und ihrer Handlanger im Betriebsrat hilft nur der Solidaritätsstreik!

Viele Kollegen waren aber der Meinung, es sei bereits zu spät, sodaß es uns nicht gelang, die Streikfront zu errichten. Aber wenn die Kapitalisten meinen, sie könnten dem Kampf die Spitze abbrechen, wenn sie einzelne Kommunisten rauschmeißen, haben sie sich verrechnet. Jedenfalls sind die Betriebsleitung und die Betriebsratsmitglieder schon ins Schwitzen gekommen, als ich mittags in der größten Kantine von B&V erschien und aus der Mittagspause eine Betriebsversammlung machte. Der Werkschutz mußte einiges einstecken, bis er mich und zwei weitere Kollegen schließlich wegschleppen konnte.

Zur Sicherheit hat die Betriebsleitung mir inzwischen ein zweites Mal gekündigt.

RH: Die Gewerkschaftsführung hatte gegen den Genossen Chmielewski und gegen dich wegen eurer Kandidatur auf der oppositionellen Liste und wegen eures revolutionären Programms einen Ausschlussantrag gestellt. Welchen Standpunkt hat sie zu eurer fristlosen Entlassung und zum Ausschluss aus dem Betriebsrat eingenommen? Kann man überhaupt noch von einer Interessenvertretung der Kollegen durch den DGB-Apparat sprechen?

Stamer: Holger und ich sind inzwischen ohne Verfahren aus der IG Metall ausgeschlossen worden. Damit haben die Bonzen eindeutig gegen die Kollegen Stellung

genommen und sind ihrem Auftrag, den Frieden der Ausbeuter in den Betrieben zu erhalten, gerecht geworden. Wir sind aber der Meinung, daß die Kollegen weiterhin in den Gewerkschaften wie auch im Betrieb für ihre Interessen und für freie politische Betätigung kämpfen müssen.

RH: Welches sind außer dem Kampf gegen deine Entlassung die nächsten Aufgaben im Betrieb?

Stamer: Einerseits kämpfen wir für den Gewerkschaftsausschluss des Betriebsratsbonzen und Arbeitverrätters Knödler. Andererseits geht der Kampf um die bezahlte Waschzeit natürlich weiter. Außerdem müssen wir schon jetzt den Kampf gegen einen Lohnraubabschluß in der bevorstehenden Tarifrunde aufnehmen und den Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen bei B&V und die verstärkte politische Unterdrückung der Kollegen verstärkt weiterführen.

Bisher wurden bei B&V noch mehr Kollegen eingestellt als entlassen. Aber die allgemeine Arbeitslosigkeit wurde zur Auswahl und als Druckmittel genutzt. Jetzt sollen trotz der guten Auftragslage bei den Werten 700 - 1000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Viele Kündigungen und Kündigungsdrohungen sind bereits ausgesprochen, besonders gegen Kollegen, die die oppositionelle Liste 2 gewählt haben. Damit ist klar: So wie zuerst die revolutionären Betriebsräte geschmissen wurden, setzen Betriebsleitung und Betriebsratsführer ihre Taktik der Spaltung jetzt fort, indem sie zuerst die fortschrittlichen und klassenbewußten Kollegen feuern. Der berechnete Widerstand soll so abgebrochen werden. Aber der Kampf der Arbeiter bei B&V läßt sich nicht mehr aufhalten. Und je größer der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung im Betrieb wird, desto weniger sind die Kollegen bereit, für kapitalistische Krisenprogramme und staatliche Sparmaßnahmen ihre Knochen hinzuhalten. Im selben Maße wächst die Solidaritätsfront für die von besonders scharfer Unterdrückung betroffenen konsequentesten Kämpfer für ihre Interessen. So wird es uns auch gelingen, daß sich die Arbeiter bei B&V in den Kampf für die Freiheit des Genossen Horst Mahler einreihen.

Eine wichtige übergeordnete Aufgabe ist es angesichts der wachsenden Kriegsgefahr, die Kollegen im Kampf gegen die beiden Supermächte zusammenzuschließen und dazu gehört auch der Kampf gegen die Agenten des russischen Sozialimperialismus, die DKPler, die im Betriebsrat

und überall sonst im Schatten der SPD- und DGB-Bonzen sich Pöstchen erschleichen, Kommunisten und andere klassenbewußte Arbeiter denunzieren und mit ihren "Friedens"-phrasen der Arbeiterklasse die Waffen aus der Hand schlagen wollen, um uns wehrlos und blind gegenüber dem Sozialimperialismus zu machen. Der Hauptstoß des Kampfes der Arbeiterklasse muß sich augenblicklich gegen diese Gefahr richten. Zur Schaffung der Einheitsfront unter Führung der Arbeiterklasse müssen wir Arbeiter den Kampf um unsere Interessen noch konsequenter führen als bisher.

RH: Wir danken dir für dieses Interview und wünschen euch in eurem weiteren Kampf viel Erfolg. Wir versprechen euch, daß wir diesen Kampf weiterhin unterstützen wie wir es bisher getan haben. Wir

haben eure Kundgebung vor B&V unterstützt und im Stadtteil Unterschriften für deine sofortige Wiedereinstellung gesammelt, um die Solidaritätsfront über den Betrieb hinaus zu erweitern. Die Kollegen mit denen wir diskutiert haben, waren sehr empört und haben fast alle sofort unterschrieben. Viele haben für die Unterstützung unseres gemeinsamen Kampfes spontan Geld gespendet. Wir rufen zum Kampf und zur Solidarität mit den Kollegen bei B&V auf unter den Forderungen:

**SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG VON GERHARD STAMER BEI B&V!
GERHARD STAMER MUSS BETRIEBS-
RAT BLEIBEN!
SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN -
SCHAFFT ROTE HILFE!**

Ausbildungsverbot - weil Rote Hilfe - Mitglied!



Nach über einem Jahr Arbeitslosigkeit als Schauspielerin bewarb sich Renate Biehl, Mitglied der Roten Hilfe, beim Hamburger "Allgemeinen Krankenhaus St. Georg" um eine Stelle als Lernschwester, da auch in Zukunft mit einer drastischen Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei Schauspielerinnen zu rechnen ist. Statt eines Ausbildungsvertrags bekam die Genossin Ausbildungsverbot, da sie sich mehrfach an Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen der Roten Hilfe beteiligt hat. Nachstehend drucken wir Auszüge aus dem Antwortschreiben von Renate Biehl an den Hamburger Senat ab.

"Ich will den Beruf der Schauspielerin aufgeben, da ich seit über einem Jahr - wie ein Drittel meiner Kollegen - arbeitslos bin. ... Natürlich sind fortschrittliche Kollegen, wie der Professor Hillmann, davon zuerst betroffen. Bisher bedrohte die herrschende Klasse in unserem Land Lehrer ... und Rechtsanwälte ... Ab jetzt sollen aber auch zunehmend Arbeiter und Arbeiterinnen - Lernschwestern - in widerlichster Art und Weise bespitzelt werden, bevor es ihnen möglich wird, auch nur ihren Lebensunterhalt zu verdienen. ... Bevor man lernt einen Verband anzulegen, soll man in Zukunft sein Parteibuch vorzeigen müssen.

Warum hat der Senat gerade auch im Gesundheitswesen solche Angst vor unterschiedenen Demokraten und Kommunisten? Der Senat plant das Hafenkrankehaus, das für die vielen Arbeitsunfälle aus dem Hafengebiet dringend notwendig ist, da die Arbeitsunfälle bei steigender Arbeitshetze natürlich noch zu nehmen werden, ganz zu schweigen! Im St. Georg und Heidebergkrankehaus sollen die Bettenzahlen drastisch verringert werden, ... Mit diesen Sparmaßnahmen trägt der Senat dazu bei, die Lebenserwartungen der werktätigen Bevölkerung entscheidend zu verringern. Er weiß genau, daß das Volk diese men-

schenfeindlichen Maßnahmen nicht kämpfen hinnehmen wird, und geht deswegen mit einer Gesinnungsschüttelfeier - die an die Zeiten unter dem Hitler-Faschismus erinnert - gegen diejenigen vor, die diese Kämpfe anführen und organisieren. ...

Ich erkläre offen, daß ich Mitglied der Roten Hilfe bin. Die Rote Hilfe ist eine proletarische Solidaritätsorganisation, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Arbeiter und Werk tätige im Kampf gegen politische Unterdrückung und Ausbeutung - für den Sozialismus zusammenzuschließen. Die Rote Hilfe ist keine verbotene Organisation. Sie knüpft an die internationale Arbeiterhilfe der 20 Jahre, die vieler Arbeiter politisch und materiell - auch noch unter dem Hitler-Faschismus - geholfen hat und gegen den imperialistischen Krieg kämpfte.

Die Hitler von heute sind Breschnew und Ford. ... Wie kommt es, daß der SPD-Senat Mitglieder der Roten Hilfe mit Ausbildungs- und Berufsverbot bedroht, Mitglieder der DKP jedoch, als Agenten der russischen Sozialimperialisten, ungestört wichtige Schaltstellen im Staatsapparat erschleichen läßt? Warum sagt Vetter, die D"K" Pler sind gute Gewerkschafter? Weil diese Leute wichtige Spitzel- und Denunziantendienste leisten für die herrschende Klasse ... (Sie) stellen sich an die FDGO, geben an, ihr Ziel sei der Sozialismus und meinen den Sozialfaschismus, wie er heute in der Sowjetunion herrscht. ... SPD-Mitglieder wie Vetter gehören deshalb zu den betrogenen Betrügnern. Sie meinen die Arbeiterklasse betrogen zu können, indem sie die Spitzeldienste der D"K" Pler in Anspruch nehmen, leisten aber objektiv dem weiteren Vordringen der Sozialimperialisten Vorschub und betreiben den Ausverkauf der nationalen Interessen! ... Ich fordere die sofortige Einstellung als Lernschwester in einem Hamburger Krankenhaus!"

GEGEN DEN ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE DES VOLKES !!!

Das "Komitee gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote" ruft alle Demokraten und fortschrittlichen Menschen auf, sich am 29. November in Bonn an der Veranstaltung "Gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes" zu beteiligen. Die Veranstaltung wird in Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion, zu der in- und ausländische Gäste eingeladen wurden, Stellung nehmen zu der besonders scharfen Verfolgung von Kommunisten, Anti-Imperialisten und revolutionären Gewerkschaftern in der BRD, zur Unterdrückung von Marxist-Leninisten und Demokraten in der UdSSR und ihren Vasallenstaaten, und nicht zuletzt zur Rolle der Demokraten im Kampf der Arbeiterklasse gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes - für ein unabhängiges, wiedervereintes und sozialistisches Deutschland!

Fritz Gildemeier muss Anwalt bleiben!

Die SOLIDARITÄTSBEWEGUNG GEGEN DAS DROHENDE BERUFSSVERBOT WÄCHST

Augsburg:

Im Kampf gegen das drohende Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Gildemeier, Mitglied der Rote Hilfe und der KPD hat das Komitee gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote in Augsburg weitere, wichtige Erfolge erzielt. Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur die Solidarität der Massen und nicht Verhandlungen hinter den verschlossenen Türen der Standesgerichte und der Klassenjustiz das Berufsverbot verhindern können, wurde eine breite Agitation und Propaganda entfaltet und somit eine entscheidende Spekulation der Bourgeoisie durchkreuzt, nämlich Fritz Gildemeier still und heimlich abzuservieren. Heute kennt in Augsburg jeder den "Fall" Gildemeier und vor allem seinen vorbildlichen Einsatz für die Sache der Arbeiterklasse vor den Schranken der Klassenjustiz. Und gerade dieser unermüdete Einsatz des Genossen Gildemeier und nicht das Bornieren auf seinen eigenen Fall sichert ihm die Solidarität vieler Arbeiter und Werktätigen, vieler Schüler und Studenten in Augsburg und über Augsburg hinaus. So vertritt der Genosse gegenwärtig den Kollegen Josef Wurzlner, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Fa. Aufzug-Bauer in Augsburg, in seinem Arbeitsgerichtsprozess gegen die Firma Bauer, die ihn wegen Beeinträchtigung des Betriebsfriedens entlassen hat, nachdem der Kollege sich gegen Entlassungen entschieden ausgesprochen hatte und auch bei Krankenbesuchen jeden Spitzeldienst für die Kapitalisten ablehnte. Mittlerweile ist der Neffe des Firmenchefs Betriebsratsvorsitzender!!!

Auf einer Podiumsdiskussion in der Universität in Augsburg sprach der Genosse Gildemeier vor ca. 250 Zuhörern über die Praktiken des Staatsapparats gegen "Radikale im öffentlichen Dienst" und machte deutlich, daß dieser Abbau der demokratischen Rechte des Volkes nicht zu trennen ist vom Vorgehen der Kapitalistenklasse in den Betrieben und der Gewerkschaftsbunzen gegen klassenbewußte Arbeiter, die den Widerstand der Arbeiter gegen dieses Krisensystem organisieren. Er entlarvte besonders die dort anwesenden DKP-Führer, die unter der Tarnkappe "wir sind alte Anti-Faschisten" die Berufsverbote "verurteilen", während ihre Herren in Moskau selbst tausende von aufrechten Demokraten und Kommunisten in ihre Zuchthäuser und Irrenanstalten werfen, und sie selbst in unserem Land an vorderster Front Kommunisten und oppositionelle Gewerkschafter denunzieren. Selbst die bürgerliche Presse ist so gezwungen, über die Aktivitäten des Komitees gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote, über die Arbeit der Roten Hilfe und der KPD zu berichten!

München:

Korrespondenz

Ich sammelte Unterschriften zur Solidaritätsresolution für RA Fritz Gildemeier. Dazu suchte ich einige Rechtsanwälte auf: so RA Dr. Ewald Rudolf hier in München 2, Arcostraße. Dieser vertrat 1973 meinen Sohn Günther und mich hier am Landgericht. Mein Zeugnis zur Erlangung des Ar-

menrechtes lehnte er brüsk ab und erklärte mir, daß er für ein unbezahltes Honorar nichts tut. Er erschien als Pflichtverteidiger zu den Verhandlungen meines Sohnes vor dem Jugendgericht. Ich habe ihm noch 500 DM bezahlt. Aber an unserer Lage hat sich nichts gebessert, im Gegenteil! Er hätte es beinahe geschafft, uns um unsere Wohnung zu bringen! Bei der RA Heidi Kirchmeier am Bahnhofplatz war ich auch. Diese hatte mich nämlich am 11.11.73 ohne Grund aus meiner Wohnung zwangsweise entfernen lassen. Keiner von diesen Rechtsanwälten hat sich solidarisch erklärt, sondern wimmelten mich mit den Worten ab: "Das sind Kommunisten, mit denen wollen wir nichts zu tun haben". Vor dem Justizpalast sah ich "STAR"-Anwalt Bossi. Das habe ich mir schon im voraus gedacht, als ich ihn anhielt, daß er zu dieser Sache nicht solidarisch steht! Solche Rechtsanwälte kann ich niemandem von der Arbeiterklasse empfehlen! Damit ist eindeutig erwiesen, daß das Rechtsanwalte sind, die nicht die Rechte und Interessen der Werktätigen vertreten. Das sind Lakaien der Bourgeoisie, Handlanger zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse.



Broschüre zum drohenden Berufsverbot gegen den kommunistischen Rechtsanwalt Fritz Gildemeier. 46 Seiten Preis 2,-DM Bestellungen an Rote Hilfe - Vertrieb, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Die ganze Vergangenheit hat mich belahrt und nur noch darin bestärkt, weiter klassenbewußt mit den anderen Kollegen zu kämpfen für eine gute Sache. Bei Bekannten und Passanten sammelte ich bis jetzt 16 Unterschriften für RA Gildemeier und verkaufte 20 Broschüren. Mit solidarischen Gruß ROT FRONT

Frankfurt:

Erfolgreiche Solidaritätswochen

Drei Wochen lang bereitete die ROTE HILFE, Ortsgruppe Frankfurt, die Veranstaltung "Keine Berufsverbote für Rechtsanwalt Fritz Gildemeier und Professor Gerhard Schneider" am 27.9.75 in Frankfurt vor. Ziel war es, in den Stadtteilen, vor den Betrieben, vor dem Gericht und in Jugendhäusern eine Solidaritätsfront gegen die Berufsverbote aufzubauen. Gerade weil die Ortsgruppe in der letzten Zeit eine etwas schleppende Arbeit leistete, hatten sich alle vorgenommen, Versäumltes nachzuholen. Es wurden Flugblätter geschrieben, Wandzeitungen gemalt und an gut sichtbaren Plätzen aufgehängt. Die Ortsgruppe trat mit anderen politischen Organisationen in Verbindung, um mit ihnen gemeinsam gegen die Berufsverbote zu kämpfen.

Das waren alles sehr wichtige Aktionen und Schritte, jedoch hätten sie nur halb so viel Erfolg gehabt, wären nicht die Mitglieder so entschieden für diese Solidaritätskampagne eingetreten. Anstatt stumm die Zeitung zu verkaufen und Flugblätter zu verteilen, wandten sich die Genossen mit kleinen Ansprachen an die Bevölkerung. Der Erfolg war sofort festzustellen. Vor "bika", einem Kaufhaus, wo mit Stellafeln und Umhängeschildern auf die Berufsverbote von Gildemeier und Schneider aufmerksam gemacht wurde, waren plötzlich soviele interessierte Menschen versammelt, daß es kaum noch gelingen konnte, ins Kaufhaus reinzukommen und einzukaufen.

Der Höhepunkt der Solidaritätswochen war dann die Veranstaltung im Volksbildungsheim am 27.9. RA Gildemeier und Prof. Schneider und Genossen des Komitees gegen Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entlassungen berichteten über die Kämpfe. 300 Anwesende, darunter viele die aus Protest gegen die Morde der Franco-Faschisten die Paulskirche tags zuvor besetzt hatten, verhaftet wurden und direkt nach der Freilassung zur Veranstaltung kamen, spendeten begeistert Beifall und zeigten ihre Solidarität. Nach der Rede eines spanischen Genossen der FRAP, der über die ersten Protestaktionen auf den Mord der 5 Antifaschisten in Spanien und ganz Europa berichtete und zur verstärkten Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes aufrief, wurden 230 DM für den Kampf in Spanien gespendet.

ROTE HILFE-München-Laim:

Mieter: Das Mass ist voll!

Seit mehreren Monaten kämpft in München-Laim die Rote-Hilfe-Initiativgruppe. Sie konzentriert sich auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und den Mietwucher der "Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft". Während z. B. 60% der Laimer Jugendlichen arbeitslos sind und auch sehr viele erwachsene Kollegen mit Familie, erhöht die GWG zweimal im Jahr die Mieten. So bezahlen Familien, die vor 15 Jahren in die Wohnblocks der GWG einzogen, heute 300% der damaligen Mieten. Gleichzeitig ließ die GWG die Häuser und Wohnungen verrotten: Die Fassaden wurden seit 15 Jahren nicht mehr ausgebessert, die Fenster schliessen nicht mehr dicht, die Wände sind nicht isoliert, so daß die Wohnungen sehr feucht sind und sich immer wieder Tapeten lösen und der Holzfußboden fault.

Dies alles firmiert unter "sozialer Wohnungsbau" und ist Ausdruck des "Engagements" der GWG und der SPD (Oberbürgermeister Kronawitter und Fraktionschef Preisinger sitzen im GWG-Aufsichtsrates) für "ihre" Mieter.

Der letzte Anschlag der GWG auf die Lebensbedingungen der Mieter war eine Auforderung, die Erhöhung der Grundsteuer rückwirkend ab Dezember/Januar 75 zu bezahlen!

Doch damit war das Maß für die Mieter entgültig voll! Ihre Antwort war: "Die Preise steigen, unsere Wut auch! Jetzt kämpfen wir!"

Rote Helfer der Initiativgruppe Laim sammelten Unterschriften und beriefen eine erste Mieterversammlung ein. Mittlerweile sind deren 5 abgehalten worden, an denen über 100 Mieter teilnahmen! In die provisorische Leitung der Mieterinitiative wurde deshalb auch eine Rote Hilfe Genossin gewählt!

Gegen diesen Zusammenschluß der Mieter ging die GWG sofort juristisch vor.

Das erste Flugblatt der Mieterinitiative darf laut Gerichtsbeschuß nicht mehr verteilt werden, ansonsten droht der Presse-rechtlich Verantwortlichen eine Geldstrafe von 500 000 DM (!) oder 6 Monate Haft! Denn in dem Flugblatt würde der GWG unterstellt, sie kimmere sich nicht um die Sozialschwachen.

Doch diese Zusammenarbeit von Gericht und Mietwuchern hat die Mieter erst recht zusammen geschlossen.

Innertags von 3 Stunden wurden 120 Unterschriften gegen die Nachzahlung der Grundsteuern gesammelt! In einer Dokumentation hat die Mieterinitiative noch einmal die Stationen des Mietwuchers verdeutlicht! Viele Mieter haben inzwischen ihre Unterschrift unter die Einziehungsberechtigung der GWG zurückgenommen! Vielen ist inzwischen klar, was die SPD meint, wenn sie von mehr Lebensqualität spricht: Alles nur die Kapitalisten - auf Kosten des Volkes!

Deshalb kämpft die Rote-Hilfe-Initiativgruppe unter den Mietern mit dem klaren Ziel, sie über die Abwehr dieses konkreten Angriffs der GWG hinaus einzureihen in die Kampffront gegen dieses System, daß Krisen und Ausplünderung ständig neu hervorbringt - für die Mitgliedschaft der Mieter in der Roten Hilfe!

So konnte der Verkauf der Rote-Hilfe-Zeitung mittlerweile um 50% gesteigert werden!

Keine Nachzahlung der Grundsteuererhöhungen!
Kampf der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Volkes!

SCHACHT ROTE HILFE SCHACHT ROTE HILFE

Wendet Euch an die ROTE HILFE

Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6 (0221/545352) tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763)
Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mo 17-19
OG Köln-Süd: z. Z. erreichbar über Zentrale
OG Köln-Ehrenfeld: Gumprechtstr. 6, Mo 19 Uhr
Landesvorstand Hessen: Frankfurt, Schleiermacherstr. 40 (0611/495738), Mo u. Mi 17-19, Sa 14-16 Uhr
OG Frankfurt: Schleiermacherstr. 40, Mi 20 Uhr
Landesvorstand Bayern: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)
OG München: Milchstr. 21, Mi 17-19 Uhr
OG Augsburg: A-Oberhausen, Elchlerstr. 1, Fr 20-22 Uhr
OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do 19.30 Uhr
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, (040/392673) Di u. Fr 17-19 Uhr
OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulerblatt 3, Mi 19 Uhr
OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 24, Mi 17.30 - 19 Uhr
Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJVD), Mi 17.30-19 Uhr
Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Togostr. 78 (030/4523021)
OG Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi 20-22 Uhr
OG Wedding: "Zur stumpfen Ecke", Liebenwalder/Malpaquetstr., Mi 19
OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldemarstr., Mi 19.30-22
OG Neukölln: "Parkrestaurant", Nogatstr./Kirchhofstr., Mi 19.30
Initiative Schöneberg: Leberstr./Müllerstr. (KPD), Mi 19 Uhr
Ortsgruppe Stuttgart: Cannstadt, "Friedenau", Wilhelmstr., Fr 20

SCHACHT ROTE HILFE SCHACHT ROTE HILFE

Vietnamprozess: FREISPRUCH FÜR DIE ANGEKLAGTEN!

Seit 2 Monaten dauert nun der Kölner Vietnamprozess. In der zweiten Novemberwoche sind die Urteile zu erwarten. Wir haben in der letzten Nummer der RHZ darauf hingewiesen, daß ein "liberaler" Richter, wie sich der vorsitzende Richter Feuerherdt darstellt, nicht dazu verleiten darf, sich falsche Hoffnungen auf ein "gerechteres" Urteil zu machen. Eine Abschwächung des Urteils für die Teilnehmer der Demonstration gegen das "Weihnachtsbombardement" auf Vietnam von 1972 könnte nur mit der Verurteilung der Bundesregierung wegen Beihilfe zum Völkermord einhergehen. Der Bericht, der uns vom Solidaritätskomitee "Freispruch für die Angeklagten im Vietnamprozess" erreichte, bestätigt diese Ansicht.

Der Richter Feuerherdt hat seine eigene Masche, um die Wahrheit aus dem Gerichtssaal herauszuhalten: "er unterstellt als wahr" Nachdem es seit dem Sieg der indochinesischen Völker zu einer Probe auf den gesunden Geisteszustand geworden ist, ob jemand die Verbrechen der US-Imperialisten anerkennt oder bestreitet, hat das Gericht u. a. folgendes "als wahr unterstellt":

- daß die USA planmäßig die Wohnviertel der Städte Nordvietnams bombardiert haben, Völkermord begangen haben;
- daß die Amerikahäuser durch ihre Lügenpropaganda die öffentlichen Proteste gegen den Krieg unterdrücken sollten;
- daß die Firma IBM durch ihre Computer direkt kriegsbeteiligt war;
- daß die Demonstrationen in aller Welt durch Einwirkung auf die politischen Entscheidungen der USA dazu beigetragen haben, den Krieg zu beenden - umso mehr, wenn es dabei zu "Ausschreitungen" kam;
- daß solche Demonstrationen in unserem Land das einzig wirksame Mittel waren, weil die Bundesregierung im Gegensatz zu anderen Regierungen von Ländern der 2. Welt Komplizenschaft mit den US-Banditen pflegte.

Aber all das, so Feuerherdt, "rechtfertigt die Demonstration nicht". Natürlich wollte der Richter, indem er all dies zugestand, den Weg des geringeren Widerstandes einschlagen, um diese Beweissthemen möglichst schnell vom Tisch zu haben. Aber der Gefallene wurde ihm nicht getan. Die Angeklagten hatten Herrn Heinz Kotte, der von 1968 bis 1974 als Mitarbeiter verschiedener katholischer Hilfsorganisationen in Vietnam arbeitete, und mit seinen Mitteln den Befreiungskampf unterstützte, gewonnen, als präsenzer Zeuge im Prozess auszusagen. Was in der ersten Instanz bei der Befragung der sachverständigen Zeugin Frau Prof. Sölle als "nicht zur Sache gehörig" unterdrückt wurde, wurde jetzt möglich. Rechtsfragen sind eben Machtfragen und nirgendwo zeigte sich deutlicher als hier, welche unerhörte Stärke der Sieg der indochinesischen Völker für die anti-imperialistische Bewegung in der ganzen Welt gebracht hat. Es kam zu einer beeindruckenden Zeugenaussage, in der aus erster Hand die verbrecherische Komplizenschaft der BRD-Regierung mit der US-Kriegsführung entlarvt wurde und die Kraft der internationalen Solidarität für die Niederschlagung des US-Aggressors geschildert wurde. Z. B. wurde berichtet, daß die Bonner Rathausbesetzung von den Oppositionspolitikern Südvietnams begeistert aufgenommen wurde.

Zur Frage der Auswirkungen der Protestaktionen in der BRD führte Heinz Kotte etwa aus: "In der finanziellen Unterstützung des Thieu-Regimes folgte die Bundesrepublik gleich nach den USA. Anfang 73 wurden Thieu auf Grund eines Staatsvertrages 40 Millionen DM als "Aufbauhilfe" zugesagt. Darüber habe ich mit dem betreffenden Attaché in der deutschen Botschaft in Saigon, Herrn Volkmar Stöcker unterhalten. Er sagte dazu etwa: Wir können uns derzeit die Auszahlung der Gelder wegen der Proteste in der BRD nicht erlauben, darum ziehen wir es vor, als Alternative die humanitären

Organisationen weiter zu unterstützen. Diese Gelder sind bis zum Tag des Machtwechsels faktisch nicht zur Auszahlung gelangt."

Weiter wurde berichtet über die verbrecherische Beihilfe der sog. "humanitären Organisationen" zum US-Krieg und die Einbettung der "Hilfs"- Projekte der Bundesregierung in die neokoloniale Strategie der Vereinigten Staaten.

Das war ein wichtiger Eckstein in der Verteidigung der angeklagten Genossen, aber wir wissen mit Argumen ten schlagen wir die Klassenjustiz nicht zurück. Es zeigte sich immer wieder im Prozeß, daß das Gericht in der Frage der Verurteilung keinerlei Zweifel mehr hat. So hat der Vorsitzende zum Ausdruck gebracht, daß die "bisherige Rechtsprechung" eine Rechtfertigung für die Demonstration nicht kennt und hört sich mit wohlgefälligem Lächeln die Plädoyers der Verteidiger an, die ausführen, daß selbst das deutsche Strafrecht in einem Fall wie diesen von "Notstandshilfe" (§34 StGB) ausgeht und daß mit dem Prozeß rechtfertigt. Er grinste, ganz als wollte er sagen: Lieber Kollege Anwalt, das habe ich Ihnen zwar vor wenigen Jahren als Ihr Ausbilder so beigebracht, aber sie vergessen daß es sich hier um ein politisches Verfahren handelt, da müssen Sie einiges vergessen was Sie dort gehört haben.

Darum hat sich unser Solidaritätskomitee während des ganzen bisherigen Prozesses bemüht, den Prozeß in der Öffentlichkeit und vor allem unter den Werkträgern be-

Türkenprozess: WEG MIT RICHTER SOMOSKEYOY

Die RHZ hat mehrfach über den Prozeß gegen die 4 türkische Patrioten berichtet, der seit September unter Leitung des Richters Somoskeyoy in Köln durchgeführt wird. Den Angeklagten wird vorgeworfen, sie hätten in der Türkei (!) den Boden für eine Revolution vorbereiten wollen, dies durch Planung (!) von Terroranschlägen in der Türkei und durch ideologische Beeinflussung (!) der hier weilenden türkischen Studenten und Arbeiter. Das ist alles.



Keine bestimmten Vorwürfe, keine bestimmte geplante oder gar durchgeführte Anschläge, nur Mutmaßungen und Unterstellungen der Staatsanwaltschaft und des Richters. Um überhaupt eine Begründung zur Aburteilung zu finden, liest Somoskeyoy seit Wochen hauptsächlich aus revolutionären Büchern und Schriften vor, die man in dem Raum gefunden hat, in dem die Genossen festgenommen wurden.

kannt zu machen. Anfang Oktober war z. B. ein Straßensolidaritätsfest in der Kölner Südstadt, zu dem ca. 300 Menschen kamen. Der Reinerlös für die Verteidigerkosten betrug 630.-DM. Am Abend der Aussage von Heinz Kotte fand eine Veranstaltung mit etwa hundert Gästen statt, wo er für die Kollegen, die den Prozeß tagsüber besuchen konnten, den Inhalt seiner Aussage wiederholte. Anwesend war auch seine vietnamesi-



sche Frau und die Berichte von beiden über die heutige Lage in Südvietnam, über die Bemühungen um einen Aufbau in Unabhängigkeit und Freiheit spornten die Anwesenden so an, daß 484.-DM für ein Hilfsprojekt gespendet wurden. Herzlich begrüßt wurde auf dieser Veranstaltung auch Yükeel Ugurlu, derjenige der türkischen Patrioten aus dem Kölner Türkenprozeß, den der Richter Somoskeyoy nach einundhalbjähriger U-Haft freilassen mußte. Unser Komitee ruft in allen seinen Aktivitäten zur Unterstützung der türkischen Patrioten auf.

Konto für Spenden: P. Bellinghausen, Sonderkonto "V", Nr. 293521-509, PSchA Köln

Ein Prozeßtag begann damit, daß Somoskeyoy fast eine Stunde aus einer Schrift verlesen läßt, wie eine Matrize beschaffen ist, wie sie beschrieben wird, wie sie in die Maschine eingespannt wird usw. - also was jeder Büroangestellte weiß. Der Begriff "Passverkauf" in einem Brief der Angeklagten war für Somoskeyoy sofort ein Hinweis darauf, daß die Angeklagten mit falschen Pässen handeln, wofür ja Druckkenntnisse vorausgesetzt werden müssen. Ömer Özerturgut erklärte auf, was türkische Arbeiter unter "Passverkauf" verstehen: Kehrt ein Arbeiter endgültig in die Türkei zurück, kann er bestimmte Geräte praktisch zollfrei einführen. Will er das nicht, so verkauft er sein "Recht" an einen anderen, der dann seine eigenen Geräte unter dem Namen des anderen in die Türkei schickt. Dort wird dann das Gerät mit dem Pass des Heimkehrers beim Zoll - zollfrei - abgeholt.

Später an diesem Prozeßtag wird dann stundenlang aus einer Fibel verlesen, die den Namen "Der totale Widerstand" trägt und vom Unteroffiziersverband der Schweiz herausgegeben wurde. Die Fibel enthält Hinweise über militärische Aktionen des Befreiungskampfes im Fall einer ausländischen Okkupation. Somoskeyoy verliest mit sichtbarem Genuß, wie Telegrafmasten wirkungsvoll gesprengt werden u. ä. und verkündet nach jeder Seite mit Triumph: "Aus: Der totale Widerstand, Seite 12" und "Aus: Der totale Widerstand, Seite 13". Die Verteidiger protestierten gegen diesen schädigen Versuch, eine bedrohliche Atmosphäre zu verbreiten. Darauf Somoskeyoy zu den Angeklagten: Ich an ihrer Stelle würde auf meine Verteidiger einwirken, nicht immer so lange Ausführungen zu überflüssigen Themen zu machen, denn das verlängert nur den Prozeß und damit Ihre Untersuchungsaffäre. Und zu dem betreffenden Anwalt gewandt: "Herr Anwalt, Sie haben nun schon öfter

KÖLN:
PROTOKOLL EINER VERHAFTUNG

"Diese Zeiten sind vorbei"

Am Samstagmorgen, den 11.10.75 gegen 7 Uhr wurde ich plötzlich durch lautes Krachen aus dem Schlaf gerissen. Als ich mir etwas angezogen hatte, sah ich erst durch das Fenster einen Streifenwagen der Polizei vor der Haustüre stehen, dann ging ich aus meinem Zimmer, und sah gerade noch, wie 3 Polizisten mit dem Jugendlichen Otfried D., ein Mitglied unserer öffentlich anerkannten sozialpädagogischen Wohngemeinschaft, aus unserer Wohnung gingen. Ich erkundigte mich als erstes nach einer Legitimation ihres Erscheinens und nach dem Grund ihres recht aggressiven Verhaltens. Darauf bekam ich von einem Beamten zur Antwort, ich sollte mich raushalten, sonst nähmen sie mich auch mit zur Wache. Hierauf verlangte ich von dem Älteren der Beamten, er solle mir seinen Namen nennen, seinen Dienstausweis mit der Dienstnummer zeigen, er antwortete, diese Zeiten wären vorbei. Ich rief die anderen Mitglieder der Wohngemeinschaft zusammen und erfuhr, daß die Beamten einige Ausweise zur Überprüfung mit rausgenommen hatten. Als zwei Beamten wieder zurückkamen, um die Ausweise zu verteilen, verlangte ich wiederholt, diesmal unter Beisein von 4 Zeugen, die rechtliche Legitimation und den Dienstausweis, wobei ich hinzufügte, daß ich Sozialarbeiter der Stadt Köln und außerdem für die Erziehung des abgeführten Jugendlichen verantwortlich bin. Schroff brüllte er mich an: "Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß diese Zeiten vorbei sind." Wobei er offensichtlich meinte, er brauche sich nicht mehr auszuweisen. Womit sie dann auch wieder verschwanden. Ich ging sofort zum Fenster und notierte mir noch die Nummer des Dienstwagens: K - 3750.

Den Grund dieser Polizeifaktion erfuhr ich erst am darauffolgenden Tag, als der festgenommene Otfried D. gegen 19.30 Uhr wieder nach Hause kam. Er hatte noch eine Haftstrafe zu verbüßen - 1 Wochenende!

BESUCHT DIE PROZESSE!
Vietnamprozess: 6., 10., 11.
Türkenprozess: 7., 11., 13., 17., 21., 25.,
27. November
jeweils 9 Uhr, Appellhofplatz, Raum 231

bewiesen, daß Sie die Kunst verstehen, lang Ausführungen zu machen, aber wir müssen immer wieder feststellen: es kommt dabei nichts als Luft heraus". Die Angeklagte Hatice Yourtas protestierte gegen diese Unverschämtheit. Somoskeyoy: "Sie werden sich eine Ordnungsstrafe einhandeln!" Jedem Prozeßbesucher wird klar, warum es sich hier dreht: die Propaganda für den Befreiungskampf der Völker soll verfohrt werden und mit Gefängnis bestraft werden. Dazu muß die Klassenjustiz den Marxismus-Leninismus verfluchen und denunzieren, aus dem bewaffneten Befreiungskampf, aus dem Widerstand gegen imperialistische Unterjochung wird ein feiges, gewissenloses Bombenwerfen gemacht, aus einer Gruppe von Patrioten eine "kriminelle Vereinigung". Als die Verteidiger dagegen Somoskeyoy auf forderten, auch aus den ebenfalls aufgeführten Exemplaren der "Peking Rundschau" zu lesen, wurde dies abgelehnt.

Gegen diese Kriminalisierung des Marxismus-Leninismus, gegen das drohende Verbot, daß ausländische Patrioten ihre Leute für den Kampf für Unabhängigkeit und Sozialismus gewinnen wollen, wächst die Empörung. Erneut zeigte sich die Klassen-solidarität zwischen deutschen und türkischen Arbeitern und die Einheitsfront zwischen den beiden Völkern, als am 25.10. Köln 150 Menschen in einer Demonstration forderten:

**FREIHEIT FÜR DIE
4 PATRIOTEN AUS DER TÜRKEI!**

**STÄRKT DIE EINHEITSFRONT GEGEN
DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE!**



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

AUFRUF!

**Heraus zur Demonstration am 8. November in Dortmund!
Gegen Krise, Krieg und politische Unterdrückung!**

Die kapitalistischen Länder in der ganzen Welt befinden sich in der schärfsten Krise seit dem 2. Weltkrieg. In der BRD machten 27% mehr Betriebe als im Vorjahr pleite. Über eine Million Arbeiter und Angestellte sind arbeitslos, 800 000 müssen kurzarbeiten. Die Existenz tausender von Kleinbauern wurde vernichtet! Die Monopolkapitalisten kennen nur einen Weg, die Krise zu "bekämpfen": Abwälzung auf den Rücken der Arbeiterklasse und eines Teils des Volkes. Dabei können sie sich fest auf die SPD/FDP-Regierung stützen. Ihr "Sparprogramm" bedeutet: Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3%, Aussteuerung von ca. 200 000 Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung - für sie gibt es dann nur noch 58% Arbeitslosenhilfe, Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 13%, Hinausschiebung der vorgezogenen Altersgrenzen bei der Rente, in allen größeren Städten Erhöhungen von Strom, Wasser, Gas und Fahrpreisen - zum Teil mehrmals im Jahr; für die Monopolkapitalisten gibt es gleichzeitig "Konjunkturspritzen" und "Investitionshilfen" in Milliardenhöhe!

Wieder bedrohen die "Millionen", die schon hinter Hitler stand, unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wieder droht die kapitalistische Profitwirtschaft Millionen Menschen ins Elend zu stürzen. Zwei Generationen deutscher Arbeiter und Werktätiger haben ihre Arbeitskraft und Gesundheit zerschlagen - die Monopolkapitalisten haben kassiert! Die Arbeiterklasse schafft den gesellschaftlichen Reichtum - sie eignen ihn sich an und bekommen auch noch aus Steuergeldern "Investitionshilfen", um weitere Arbeitsplätze wegzurationalisieren und die Ausbeutung der noch übrig gebliebenen Arbeiter zu verschärfen. Nur so können sie billiger produzieren und haben eine Chance ihre kapitalistischen Konkurrenten auszustechen und im Chaos der "freien Marktwirtschaft" zu bestehen. Die Großen fressen die Kleinen, ein Kapitalist schlägt viele tot - das ist das Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise. Die Zeche zahlt so oder so immer die Arbeiterklasse!

**Nicht Aufschwung und Entspannung
kennzeichnen die Lage, sondern weitere
Verschärfung der Krise und Kriegsgefahr!**

Das Gerede der Kapitalisten und der Schmidt-Regierung vom "Aufschwung", von der "Sicherung der Arbeitsplätze von morgen durch Investitionen" ist nicht nur eine plumpe Lüge, da auch "morgen" für die Kapitalisten gilt: mit möglichst wenig Arbeitern möglichst viel produzieren, also die Rationalisierungen nicht zurückgenommen werden können, da sonst der Profit sinkt.

Dieses Gerede verheimlicht, daß die internationale Krise sich für die Supermächte UdSSR und USA noch schärfer auswirkt, da bei ihnen zur Krise im eigenen Land hinzukommt, daß die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nicht länger unter der Herrschaft ausländischen Kapitals dahingevegetieren wollen, sondern mit grossem Erfolg um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Dies zwingt gerade die Supermächte zur verschärften Konkurrenz um die verbliebenen Pfunde für Extra-Profit und führt zu einem scharfen Kampf um die

Neuaufteilung der Welt. Dabei ist die UdSSR besonders gefährlich. Schon heute ist ihre Wirtschaft stark von der Kriegproduktion abhängig und von der schrankenlosen Ausplünderung der Länder Osteuropas. Ihre inneren Reserven sind sehr gering. Industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse müssen eingeführt werden. Besonders gefährlich sind sie auch deshalb, weil sie zur Vergrößerung ihres Machtbereichs versuchen, die Völker und Staaten mit der Phrase des "sozialistischen Bruderlandes UdSSR" zu täuschen. Doch Portugal und Indien, wo ihre Lakaien in sozialfaschistischer Manier gegen die Volksmassen vorgehen und nicht zu letzt die DDR, dieses Militärzuchtthaus, zeigen uns, was wir von diesen Phrasen halten müssen. Der neue Freundschaftsvertrag mit der Honecker-Clique soll die Teilung Deutschlands und die bedingungslose Unterwerfung der DDR unter die Interessen der UdSSR zementieren!

Solange einzelner Kapitalisten durch den Besitz der Fabriken auch die politische Macht haben, alles nach ihrem Profitinteresse auszurichten, wird es für die Arbeiterklasse und das Volk Krisen und Elend geben, werden die verschiedenen kapitalistischen Länder um die Vorherrschaft bei der Ausbeutung fremder Völker kämpfen und Kriege anzetteln. Erst der Sozialismus, wenn die Arbeiterklasse auch Herr der Fabriken ist und die politi-

ische Macht besitzt, die Gesellschaft nach ihren Interessen zu formen, wird Schluß sein mit Krise und Krieg. Schliessen wir uns mit den Völkern der 3. Welt eng zusammen in diesem Kampf, verteidigen wir die Unabhängigkeit Westdeutschlands vom sowjetischen Sozialimperialismus und erkämpfen wir den Sozialismus! Noch sind die Kommunisten es fast ausschließlich, die Aktiv gegen die Bedrohung durch die UdSSR kämpfen, noch sind die Arbeiter von Demag im Kalletal, von Dynamit-Nobel in Fürth, und die Bauern aus dem Kaiserstuhl und ihr Kampf gegen die Krisenwirtschaft Ausnahmen! Aber sie sind Vorbilder für die gesamte Arbeiterklasse! Ihr Kampf muß der Kampf aller Klassenbewußten und für Unabhängigkeit kämpfender Menschen werden! Denn die Bourgeoisie wird sich auch durch die Bedrohung durch die UdSSR nicht davon abhalten lassen, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken, um ihre Klassenherrschaft zu sichern!

**Das Recht der Arbeiterklasse auf
Rede-, Versammlungs- und
Vereinigungsfreiheit verteidigen!**

Schon heute versucht die herrschende Klasse jeden Ansatz von Opposition und Gegenwehr zu ersticken!

Allein bei den letzten Betriebsratswahlen wurden 400 Kolleginnen und Kollegen entlassen, weil sie als Betriebsräte nicht Kumpane der Geschäftsleitungen werden wollten, sondern konsequente Vertreter der Arbeiter, die sich auch durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz nicht die Hände fesseln lassen. Die Gewerkschaftsbunzen arbeiten dabei Hand in Hand mit den Kapitalisten, nach dem Motto: Ich schließ ihn aus - du schmeißt ihn raus!

Wer heute die BRD einen "Ausbeuterstaat" nennt, oder ein "System der Arbeitslosigkeit", wird strafrechtlich verfolgt, wie die Mitglieder der KPD Christian Semler und Thomas Luczak. Wer, wie der Betriebsratskandidat bei Bauer-Druck, Köln - Franz Fesseler, die reaktionären Mitglieder des Betriebsrats "Arbeiterverräter" und die Geschäftsleitung "Handlanger der Kapitalisten" nennt, soll in Zukunft für jeden Betrieb untragbar sein - wenn das Arbeitsgericht der Firma Bauer "Recht" gibt. Bei Bayer in Leverkusen und bei KHD in



Köln wurden die oppositionellen Listen
Köln wurden alle Mitglieder der opposi-
tionellen Betriebsratskandidatenliste ent-
lassen!

Am 24. Oktober wurde im Bundestag das
"Berufsverbote-Gesetz" verabschiedet,
nach dem jeder, der nicht aktiv die Aus-
beuterordnung der BRD (FDGO) verteidigt,
aus dem öffentlichen Dienst fliegt,
bzw. garnicht erst angestellt wird. Dies
ist in Europa, mit Ausnahme von Spanien
und der sozialfaschistischen Diktaturen
in Osteuropa, einmalig. Über 70 000
Menschen wurden bisher vom Verfassungsschutz
beschnüffelt, 2 000 erhielten bereits
ein Berufsverbot. So soll auch der
Bremer Professor Jens Scheer mundtot
gemacht werden, weil er gegen den Bau
von technisch völlig unausgereiften Atom-

Kraftwerken auftrat, die aber den Konzer-
nen dicke Profite bringen!

Unter dem Deckmantel der "Anarchisten-
Bekämpfung" wurden Polizei und Bundes-
grenzschutz systematisch aufgerüstet und
verhetzt. Dutzende harmloser Bürger ha-
ben dies bisher mit ihrem Leben bezahlen
müssen, hunderte wurden auf den Polizeifreiwiesen
zusammengeschlagen. Das dieses
Spektakel mit Anarchistenbekämpfung
sich nichts zu tun hat, sondern gegen die sich
erhebende Arbeiterklasse und ihre revolu-
tionären Organisationen zielt, wird be-
sonders deutlich am Falle von Horst Mah-
ler.

Horst Mahler wurde 1970 als "Mitglied
der Roten-Armee-Fraktion" verhaftet
und ohne einen rechtsgültigen Beweis, nur
wegen seiner Gesinnung zu 14 Jahren Haft

verurteilt. Inzwischen hat sich Horst Mah-
ler vom Anarchismus abgewendet und öf-
fentlich in seiner Fernsehrede anlässlich
der Entführung des CDU-Politikers Lorenz
erklärt, daß er der festen Überzeugung ist,
daß der Kampf der Arbeiter gegen diesen
Ausbeuterstaat auch ihm die Freiheit
bringt, und nicht individueller Terror.
Dies war für die Westberliner Behörden
erst recht ein Anlaß, ihn strenger zu iso-

lieren, ihm den Bezug revolutionärer Li-
teratur zu verweigern, ihm die Mitarbeit
in einer wissenschaftlichen Kommission
der KPD zu verweigern, ja sogar vor 14
Tagen einen letzten Besuch bei seiner
sterbenden Mutter abzulehnen, was selbst
die Hitler - Faschisten 1941 dem im KZ
sitzenden Pastor Niemüller nicht zu ver-
weigern wagten!

Das Ziel der herrschenden Klasse ist angesichts dieser Tatsachen klar:
Wehret den Anfängen! Trefft die fortschrittlichsten und kommunistischen Arbeiter und
ihr trefft die ganze Arbeiterklasse! Schmeißt die klassenbewußten Arbeiter aus Betrieb
und Gewerkschaft und ihr habt eure Ruhe!
Doch die Bourgeoisie täuscht sich. Wo Unterdrückung und Elend ist, da ist auch Wider-
stand. Wo einzelne brotlos werden, kriminalisiert und entlassen werden sollen, schaffen
wir Klassensolidarität.

Die Rote Hilfe organisiert die Klassensolidarität und die proletarische Selbsthilfe!

Die Rote Hilfe hat in den vergangenen Jah-
ren erfolgreiche Kämpfe gegen die Verfol-
gung fortschrittlicher und revolutionärer
Menschen und Organisationen geführt.
Der Versuch der Bourgeoisie, 1973 die
neugegründete KPD zu verbieten schlug
gründlich fehl. Exemplarisch verhaftete
oder vor Gericht gestellte Mitglieder wie
Christian Semler, Jürgen Horlemann und
Uli Kranzusch mußten wieder freigelassen
werden. Das geplante Terrorurteil gegen
Uli Kranzusch, wegen Teilnahme an der

Demonstration gegen den südvietnamesi-
schen Faschisten Thieu, wurde durch die
Organisation breiter Solidarität und durch
das mutige Auftreten von Uli Kranzusch
vor Gericht verhindert. Herauskam eine
Haftstrafe von einem Jahr, ausdrücklich
weil der Genosse seine Gesinnung auch
vor Gericht verteidigt hatte. Herauskam,
daß die BRD-Regierung neben der USA
die Hauptstütze politisch und finanzielle
des Thieu-Faschismus in Vietnam war!

Der Streik der Ford-Arbeiter gegen die
unmenschliche Arbeitszeit und die nie-
drigen Löhne wurde von der Roten Hilfe
politisch und materiell unterstützt. Über-
all, wo die Rote Hilfe bestand, wurde
die Hetze der Springer-Presse entlarvt
und die Notwendigkeit und Berechtigung
des Streiks aufgezeigt. Die Abschiebung
des türkischen Streikführers Baha Targün
wurde verhindert.

Günter Routhier, Erich Dobhardt, Man-
fred Rohs und vielen anderen durch
schießwütige Polizisten, wurde von der
Roten Hilfe breit unter der Bevölkerung
bekannt gemacht. Sofortige Gegenmitt-
lungen machten die Vertuschungsversuche
der Polizei zunichte. Der Dortmunder
Polizist Diehl, Mörder von Erich Dobhardt,
mußte in 1. Instanz verurteilt werden,
weil die Rote Hilfe den breiten Protest der
Dortmunder Bevölkerung organisierte.

Die Ermordung von Günther Jendrian,

Die Arbeit der Roten Hilfe zeigt: Die proletarische Solidarität und Selbsthilfe gegen Aus-
plünderung, Unterdrückung und Verfolgung ist eine wichtige Waffe gegen die Bourgeoisie
und ihre Krisenpolitik! Deshalb muß die Rote Hilfe eine breite Massenorganisation aller
kampfbereiten und klassenbewußten Arbeiter, aller Werktätigen, Schüler und Studenten
werden!

Noch sind die Kräfte der Arbeiterklasse gering und zersplittert.
Damit sich das ändert: Unterstützt die Rote Hilfe! Werdet Mitglied der Roten Hilfe!
Solidarität hilft siegen!

Klassenkampf statt Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft!

Der DGB ruft zur Demonstration am 8. 11. in Dortmund auf unter den Parolen:
"Wirksame Verbesserung der wirtschaftlichen Situation! Gegen Arbeitslosigkeit! Für
qualifizierte Mitbestimmung! Gegen reformfeindliche Kräfte! Für eine grundlegende
Reform der Berufsbildung!"

Dies sind nicht die Forderungen der klas-
senbewußten Arbeiterschaft. Es sind auch
nicht die Forderungen der Gewerkschafts-
mitglieder, denn die wurden nicht gefragt.
Es sind die Forderungen der Bonzen, die
seit Jahr und Tag mit den Kapitalisten an
einem Tisch sitzen.
6 Jahre "Reformpolitik" der SPD-Regie-
rung waren 6 Jahre der wirtschaftlichen
Ausplünderung und des Abbaus der demo-
kratischen Rechte des Volkes!
20 Jahre Mitbestimmung in der Montan-
industrie waren 20 Jahre Beteiligung ein-
iger Betriebsräte und Gewerkschafts-
funktionäre an der Ausbeutung und Ent-
lassung hundertauser von Bergarbeitern.
Die "Reform" der Beruflichen Bildung
hat den Lehrlingen den Stufenplan ge-
bracht, nachdem ein Großteil der Lehr-
linge nach 2 Jahren als bessere Hilfsar-
beiter in die Produktion wandern dürfen!
Wirksame Verbesserung der wirtschaft-
lichen Situation waren Investitionspritzen
in Milliardenhöhe für die Monopole zur
Rationalisierung und Bankrott für die
Kleinkapitalisten, für die Arbeiter aber
immer weitere Entlassungen!
Gegen Arbeitslosigkeit kämpfte Eugen
Loderer bei VW, indem er den Massen-
entlassungen dort als Mitglied des Auf-
sichtsrates nichts anderes entgegenhielt
als seine "Bedenken".

Wie verkommen und reaktionär die Ge-
werkschaftsführer sind, bewelsen sie
auch mit der Vorbereitung der Demonstra-

tion in Dortmund:
Die Zahl der Busse ist so begrenzt, daß
aus allen Bundesländern außer NRW nur
6000 eine Fahrtmöglichkeit erhalten sol-
len, die Karten für die Veranstaltung in
der Westfalenhalle werden nur an 100%
Anhänger ausgegeben oder erst in Dort-
mund selbst, um sicher zu gehen, daß
keine oppositionellen Kräfte in der Halle
vertreten sind.
Mit dem Innenministerium von NRW wurde
vereinbart, nur Busse mit DGB-Beglau-
bigung nach Dortmund zu lassen. Das ist
die "Mitbestimmung" der Gewerkschafts-
führung! Diese Polizeistaatsmethoden
zeigen, worum es den Bonzen geht:
Unter dem Deckmantel "leiser Kritik"
soll letztlich die SPD wiederum gegen-
über der CDU als das "kleinere Übel" dar-
gestellt werden. Die Empörung zig tausend-
er Arbeiter und Arbeitsloser soll vor den
abgewrackten Karren der "Reformpolitik"
gespannt werden, nach dem alten Bonzen-
motto: "Nur ruhig bleiben kollegen, wir
machen das schon!"

Kräftig unterstützt werden die DGB-Führer
dabei von der DKP, der 5. Kolonne der
neuen Kreml-Zaren. Sie übernimmt schon
seit Jahren die Rolle der Prügelgarde und
des Denunzianten gegenüber revolutionären
und oppositionellen Kolleginnen und Kolle-
gen. Damit erschleicht sie sich Posten um
Posten im Gewerkschaftsapparat, um wie
in Portugal den Kreml-Zaren den Weg
nach Westdeutschland zu ebnen.

Diesen Reaktionen von DGB und der DKP muß in Dortmund eine Niederlage bereitet
werden. Deshalb demonstriert mit uns und den klassenbewußten Gewerkschaftlern und mit
den wahren Kommunisten unter den Forderungen der Arbeiterklasse.

Gegen das System von Ausbeutung, Krise und Krieg!

Gegen Monopolkapital und Gewerkschaftsbonzen - Arbeiter, in der Krise
kämpfen! Selbständige Kampfführung! Vertrauen auf die eigene Kraft!
Gegen die arbeiterfeindliche Schmidt-Regierung - die geschlossene Kampf-
front der Arbeiterklasse!

Deutsche und ausländische Arbeiter - eine Kampffront!

Arbeiter und Arbeitslose - eine Kampffront!

zur den 7-Studenten tag bei vollem Lohnausgleich! Für freie politische Betätigung in Betrieb
und Gewerkschaft!

Weg mit dem Radikalenerlaß und den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes!

Der schlimmste Feind, den der Arbeiter hat, ist der Feind in den eigenen
Reihen - nieder mit den DKP-Revisionisten!

Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutsch-
land!

Breschnew und Ford - Hauptkriegstreiber!

Es lebe der Kampf der Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus!



verantwort.: Hartmut Schmidt, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6